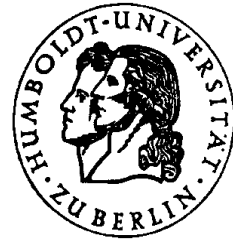


# ARBEITSBERICHTE



Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin

M. Schulz (Hrsg.)

Juden in Berlin in Vergangenheit und Gegenwart

**Heft 54**

**Berlin 2001**

**Arbeitsberichte**  
**Geographisches Institut**  
**Humboldt-Universität zu Berlin**  
**Heft 54**

**Marlies Schulz (Hrsg.)**

**Juden in Berlin**

**Berlin 2001**

ISSN 0947 - 0360

**Geographisches Institut**  
**Humboldt-Universität zu Berlin**  
**Sitz: Chausseestr. 86**  
**Unter den Linden 6**  
**10099 Berlin**

(<http://www2.rz.hu-berlin.de/geo/index.html>)

## **Vorwort**

Das vorliegende Heft ist im Rahmen eines Projektseminares mit dem Thema „Juden in Berlin in Vergangenheit und Gegenwart“ im Wintersemester 1999/2000 entstanden. Hauptaugenmerk der Bearbeitung der sehr umfangreichen Thematik lag auf dem geographischen Ansatz, die gegenwärtige Standortverteilung der Jüdischen Institutionen zu erfassen, Ursachen für diese zu ermitteln und in Beziehung zu der heutigen Verteilung der jüdischen Bevölkerung Berlins zu setzen. Diese Ergebnisse wurden für die Erarbeitung einer Exkursion in der Berliner Innenstadt verwendet. Die ausgewählten Exkursionsstandorte sind in dafür erarbeiteten Karten dargestellt.

Die Arbeit im Projektseminar erfolgte in drei Gruppen, die sich z. T. arbeitsteilig mit den gewählten Themenschwerpunkten beschäftigten. Die Exkursion wurde im Oktober 2000 für Studierende des Geographischen Institutes von den Mitgliedern der Exkursionsgruppe mit Erfolg durchgeführt.

Als Projektleiterin danke ich allen Studierenden, die mit großem Engagement an dem Projekt teilnahmen sowie Frau Heike Pethe, die mich unterstützte.

Für die Zusammenstellung der einzelnen Gruppenbeiträge und die Gestaltung des Heftes wird Herrn Michael Walther besonders gedankt.

Januar 2001 M. Schulz

# **TEILNEHMERINNEN DES PROJEKTSEMINARS**

## **Juden in Berlin in Vergangenheit und Gegenwart**

### **Gruppe Jüdische Institutionen**

Bühnen, Matthias

### **Gruppe Exkursion**

Breddin, Lutz

Herbusch, Ulrike

Junak, Nadine

Walther, Michael

Zloch, Stephanie

### **Gruppe Kartenerstellung**

Helten, Jan

Holst, Mathias

Mehrländer, Thomas

Wambutt, Sascha

# **JUDEN IN BERLIN IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART**

## **Teil 1**

Jüngste Entwicklungen in der Standortverteilung und inneren Differenzierung der jüdischen Bevölkerung und jüdischer Institutionen in Berlin

## **Teil 2**

Exkursionsreader zur Migration von Juden in Berlin in Vergangenheit und Gegenwart

## **Anhang**

### **Anlagenverzeichnis**

- Anlage 1: Gesamtstatistik
- Anlage 2: Liste von Einrichtungen jüdischen Lebens in Berlin
- Anlage 3: Jüdische Orte in Berlin 2000
- Anlage 4: Teilkarte 1: Spandauer Vorstadt 1: 5000.
- Anlage 5: Teilkarte 2: Südliche Friedrichstadt 1:5000.
- Anlage 6: Teilkarte 3: Wilmersdorf und Charlottenburg 1:5000

### **Literaturverzeichnis**

# **Teil 1**

**Jüngste Entwicklungen in der Standortverteilung und inneren  
Differenzierung der jüdischen Bevölkerung und jüdischer  
Institutionen in Berlin**

## **Jüngste Entwicklungen in der Standortverteilung und inneren Differenzierung der jüdischen Bevölkerung und jüdischer Institutionen in Berlin**

Auch die Berliner Jüdische Gemeinde hat in Folge der Maueröffnung 1989 und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 erhebliche Veränderungen erfahren. In dem seit der politischen Öffnung vergangenen Jahrzehnt hat sich sowohl die Zusammensetzung als auch die Verteilung der jüdischen Bevölkerung und der jüdischen Institutionen in Berlin neu strukturiert. Dabei ist in deren räumlicher Verteilung eine neue Ordnung entstanden, die ausgewertet wurde und deren charakteristisches Muster in diesem Bericht dargestellt werden soll.

Zur Einordnung wird im ersten Teil der Darstellung ein Rückblick auf die Geschichte der Berliner jüdischen Gemeinden seit 1945 erfolgen. Die unterschiedlichen Entwicklungen im Ost- und Westteil der Stadt schufen in der Nachkriegszeit die wesentlichen Ausgangsbedingungen für die gegenwärtige Situation. Daran anschließend sollen dann die veränderten politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen nach 1990 umrissen werden. Insbesondere die Regelung der Rückübertragungen im ehemaligen Ost-Berlin und die Zuwanderung von Menschen jüdischen Glaubens aus Osteuropa und Russland haben die Entwicklung der Berliner Jüdischen Gemeinde in den letzten zehn Jahren äußerst stark beeinflusst.

Vor diesem historischen Hintergrund wird im zweiten Teil der Arbeit die gegenwärtige stadträumliche Situation der Jüdischen Gemeinde zu Berlin dargestellt. Wir haben dazu eine Bestandsaufnahme jüdischer Institutionen in Berlin vorgenommen und diese im Vergleich mit den Wohnstandorten der Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Berlin statistisch ausgewertet (siehe Anlage 1 und 2). Sowohl im Vergleich einzelner Bezirke als auch im generellen Ost-West-Vergleich zeigen sich dabei starke Ungleichverteilungen bei den Wohnstandorten der jüdischen Bevölkerung einerseits und den Standorten verschiedener Kategorien von jüdischen Institutionen andererseits.

In einer abschließenden Zusammenfassung wird nachgewiesen, dass diese gegenwärtige Situation gleichermaßen Ergebnis der jahrzehntelangen Teilung der Stadt und Folge der Entwicklungen nach 1990 ist, die jene Erbschaft kaum ausgeglichen, sondern eher verschärft haben.

## **I - Historische Entwicklung**

### **Die Trennung der Berliner jüdischen Gemeinden 1945 - 1989**

Nach der fürchterlichen Zäsur der nationalsozialistischen Verfolgung war die ehemals bedeutendste jüdische Gemeinde Deutschlands in Berlin im Jahre 1945 nahezu zerstört, ihre Mitglieder zu einem unfassbar großen Teil ermordet oder vertrieben, ihre Institutionen aufgelöst, ihr Besitz enteignet. Wer als Jude in Berlin die Diktatur und den Krieg überlebt hatte, hatte Jahre in der „Illegalität“ unter ständiger Verfolgung und ohne die Zuteilung von Nahrungsmitteln zugebracht oder war als „Sternträger“ ständiger Diskriminierung und Bedrohung ausgesetzt gewesen. Selbst das standhafte geistige Oberhaupt der Berliner Jüdischen Gemeinde, Oberrabbiner Leo Baeck, war schließlich in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert worden und ist nach seiner Befreiung zu seiner Tochter nach London emigriert.

Doch trotz aller Schrecken der Verfolgung wurden schon unmittelbar nach Kriegsende wieder erste jüdische Gottesdienste in Berlin gefeiert und bald darauf die Gemeinde mit Vorstand und Repräsentanten neu organisiert (NACHAMA, A.; 1995). Auf die neu gebildete Gemeindeverwaltung kam eine ungeheure Aufgabe zu. Sie musste sich nicht nur um die Belange der noch in der Stadt ansässigen und die wieder zurückkehrenden jüdischen Menschen kümmern, sondern zunächst ebenso die zahlreichen „displaced persons“ (DP) jüdischen Glaubens in den Auffanglagern mitbetreuen. Sie musste neben den eigentlichen Gemeindeaufgaben im religiösen und sozialen Bereich auch die rechtlichen Interessen der Juden sowohl gegenüber den Besatzungsmächten als auch gegenüber der deutschen Stadtverwaltung vertreten und arbeitete dabei eng mit internationalen, jüdischen und nicht-jüdischen Hilfsorganisationen zusammen. Eine vorläufige Registrierung durch die Gemeindevertreter ergab damals, dass 1945 nur mehr ca. 7000 Juden in Berlin ansässig waren (NACHAMA, A.; 1995). Diese Zahl erhöhte sich trotz stetiger Auswanderung, überwiegend in die USA und später nach Israel, durch die DP-Zuwanderung aus Osteuropa in den folgenden Jahren.

Schon in dieser Gründungsphase hatten sich die Jüdischen Gemeinden in Deutschland mit der Frage ihrer Dauer auseinanderzusetzen. Zum einen waren sie auf Grund des Überwiegens junger Menschen bei der Auswanderung von Anfang an überaltert. Zum anderen hatten viele Juden außerhalb Deutschlands und insbesondere in der zionistischen Bewegung ein starkes Ressentiment gegen den Verbleib im „Land der Mörder“ (RICHARZ, M; 1988) So musste sich auch die Jüdische Gemeinde zu Berlin noch lange Zeit als reine „Liquidations-



gemeinde“ sehen und ansehen lassen. Auch die ab 1952 verstärkt einsetzende Rückwanderung emigrierter Juden stärkte die jüdischen Gemeinden in Deutschland nicht in größerem Maße - die meisten der intellektuell und politisch oft bedeutenden Rückkehrer verstanden sich selbst gar nicht als Juden und insbesondere in der DDR trat kaum einer von ihnen wieder in die Gemeinden ein.

Eine wichtige Frage in der Nachkriegszeit und in der Gründungsphase der beiden deutschen Staaten war die Regelung der materiellen Entschädigungen der Opfer des NS-Regimes. Die unterschiedlichen Regelungen der Rückübertragung unter den Nationalsozialisten enteigneten oder unrechtmäßig veräußerten Besitzes im Ostsektor (DDR) und den drei Westsektoren Berlins waren unmittelbar entscheidend für die in unserem Zusammenhang vorrangig interessierende unterschiedliche Besitzlage ehemals jüdischen Eigentums in Ost- und West-Berlin zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung im Jahre 1990, und sollen darum kurz dargestellt werden.

Im Ostsektor Berlins wurden wie in der übrigen DDR zwar früh und für einen weitgefassten Personenkreis relativ großzügige Opferrenten gezahlt, Eigentumsverluste jedoch generell überhaupt nicht entschädigt. Auch das Eigentum von während der NS-Diktatur aufgelösten Institutionen, wie eben der Jüdischen Gemeinde, fiel dabei an den Staat (MERTENS, L; 1998). Auch in den drei Westsektoren Berlins wurden zunächst nur Überbrückungshilfen gezahlt, bis die Alliierte Kommandantur Anfang 1951 das im Jahr zuvor von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Berliner Entschädigungsgesetz genehmigte. Dieses wurde im September 1953 schließlich durch das Bundesentschädigungsgesetz abgelöst, dessen Leistungen in Berlin durch Sonderregelungen erheblich erweitert wurden. Diese Gesetze regelten ab 1951 eindeutig die Entschädigungs- und Rückübertragungsansprüche von natürlichen und juristischen Personen. Allerdings war die Rechtsnachfolge der Berliner Vorkriegsgemeinde, die einen umfangreichen Immobilienbesitz in der Stadt hatte, noch ungeklärt. 1952 wurde darum in einem Staatsvertrag die internationale „Jewish Claims Conference“ in der Bundesrepublik zur Rechtsnachfolgerin aller 1939 von den Nazis zwangsweise in der „Reichsvereinigung“ zusammengefassten jüdischen Religionsgemeinschaften erklärt, die jedoch sogleich bestimmte, dass zum Betrieb der jüdischen Gemeinden notwendiger Grundbesitz bei diesen verbleiben könne. So gelangten in West-Berlin Mitte der 50er Jahre viele enteignete Grundstücke und Immobilien der Vorkriegsgemeinde wieder in den Besitz der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, wohingegen sie im Ostsektor zu Volkseigentum, resp. Staatsvermögen wurden. Dieser unterschiedliche Entschädigungsstand blieb bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990 bestehen.

Zeitgleich mit der ungleichen Zuteilung des ehemaligen Gemeindebesitzes und der zunehmenden politischen Entzweiung kam es im Jahre 1953 auch zur Spaltung der Jüdischen Gemeinde von Berlin selbst. Nachdem Julius Meyer, Präsident der jüdischen Gemeinden in der DDR und Volkskammerabgeordneter, und mit ihm fünf weitere Gemeindevorsitzende aus dem Osten geflohen war, bildete sich dort ein neuer, SED-naher Vorstand der Ost-Berliner Jüdischen Gemeinde, die sich für selbstständig erklärte und von nun an „Jüdische Gemeinde von Groß-Berlin“ nannte. Der seit 1949 der jüdischen Gemeinde vorstehende Heinz Galinski wechselte in den Westteil der Stadt und führte die dortige Gemeinde bis zu seinem Tode im Jahre 1992.

Die Geschichte der beiden Berliner jüdischen Gemeinden verlief von diesem Zeitpunkt an vollständig getrennt. In unserem Zusammenhang von Interesse ist dabei hauptsächlich die unterschiedliche zahlenmäßige Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in beiden Teilen der Stadt. Während die Mitgliederzahl der West-Berliner jüdischen Gemeinde durch Zuwanderung gestärkt nur langsam absank (Stand 1990: 6853) (STATISTISCHES JAHRBUCH BERLIN; 1991, S. 200) war die Situation der jüdischen Gemeinden in Ostdeutschland durch einen wesentlich stärkeren Rückgang ihrer Mitgliederzahlen gekennzeichnet. Bei starker Überalterung konnte sie keine nennenswerte Zuwanderung verzeichnen und war im areligiös ausgerichteten sozialistischen Staat wenn auch nicht direkt beabsichtigt, so doch faktisch benachteiligt. Zwar wurde in der DDR der Haushalt der Gemeinden vom Staat getragen und dieser finanzierte offiziell ebenso die Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe sowie den Neubau und die Rekonstruktion von Synagogen, doch konnte dies allein das schwindende Gemeindeleben keinesfalls ausgleichen. Am Ende der DDR-Zeit waren jüdische Gemeinden schließlich nur noch in wenigen großen Städten und auch dort nur als marginale Reste vorhanden. Insgesamt zählte der Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR im Sommer 1990 vor der deutschen Vereinigung nicht mehr als 381 Mitglieder, davon 207 in Ost-Berlin. (MERTENS, L.; 1998, S.156)

### **Problem der Rückübertragung und Zuwanderung nach 1990**

Als mit dem 3. Oktober 1990 der Einigungsvertrag in Kraft trat und damit die bundesdeutschen Entschädigungsregelungen auch für das Gebiet der DDR Geltung bekamen, waren jüdische Gemeinden, die als Anspruchsempfänger auftreten hätten können, dort also nur mehr vereinzelt vorhanden. An ihrer Stelle trat meist, entsprechend der bereits erwähnten BRD-Regelung aus den fünfziger Jahren, nun auch im Osten die „Jewish Claims Conference“ pauschal als Rechtsnachfolgerin der von den Nationalsozialisten enteigneten und vernichteten jüdischen Religionsgemeinschaften auf. Da in Berlin gleichzeitig aber auch die

West-Berliner jüdische Gemeinde ihre Ansprüche auf ehemaligen Besitz der Vorkriegsgemeinde verlauten ließ, kam es in vielen Fällen zu rechtlichen Streitigkeiten, zumal der Einigungsvertrag zunächst noch viele Entschädigungsfragen offen ließ oder nur unzureichend regelte.

In dieser Arbeit können die vielzähligen Rückübertragungsverfahren jüdischen Eigentums nach 1990 natürlich keinesfalls einzeln behandelt, noch sollten sie ob der angewandten Einzelfallregelung pauschal zusammengefasst werden. Ehemaliger Besitz der jüdischen Gemeinde wurde zu Teilen sowohl der heutigen jüdischen Gemeinde zu Berlin zugesprochen, wie z. B. das Gemeindehaus neben der Synagoge in der Oranienburger Straße, wo sich heute u. a. das Centrum Judaicum befindet, als auch der Jewish Claims Conference, wie z. B. das Gebäude der ehemaligen jüdischen Lehranstalt (damals Artilleriestraße 14, heute Tucholskystraße 9), das von dieser an den Zentralrat der Juden in Deutschland weiterverkauft wurde und heute dessen Sitz ist. Streitigkeiten, wie etwa um die von der Adass Jisroel-Gemeinde genutzten Gebäude, dauern teilweise bis heute an.

Neben den materiellen Rückübertragungen im Osten Berlins trat mit der Wende von 1989/90 für die Jüdische Gemeinde in Berlin eine weit schwerwiegendere Veränderung ein. Dank einer großzügigen Aufnahmeregelung gegenüber sowjetischen Juden im bundesdeutschen Recht kam es nun zu einer erheblichen Zuwanderung durch Migranten jüdischen Glaubens aus den sowjetisch-russischen Gebieten nach Deutschland, von den viele im Osten Berlins ein Obdach fanden. Diese Zuwanderung führte in den folgenden Jahren zu einer erheblichen Veränderung der inneren Zusammensetzung der Berliner jüdischen Gemeinde, so dass Anfang 1999 bereits 65% der lebenden Berliner Gemeindemitglieder in der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten geboren waren (JÜDISCHES BERLIN 12, HEFT 3; 1999, S.6).

## **II - Bestandsaufnahme jüdischer Bevölkerung und Institutionen in Berlin**

Nach dem historischen Überblick soll nun die gegenwärtige stadträumliche Situation der Jüdischen Gemeinde zu Berlin dargestellt werden. Dazu soll zunächst die Erhebung unserer Daten erläutert werden.

### **Jüdische Bevölkerung**

Mit der Bezeichnung „jüdische Bevölkerung“ wird in dieser Arbeit jener Teil der Berliner Gesamtbevölkerung benannt, der in der Jüdischen Gemeinde zu Berlin organisiert ist. Damit wird nur ein Ausschnitt, wenn auch den überwiegenden Teil der bekennenden jüdischen Bevölkerung in Berlin, erfaßt. Von der zweiten jüdischen Gemeinde in Berlin, Adass Jisroel,

liegen keine Angaben über die Verteilung ihrer Mitglieder nach Stadtbezirken vor. Trotz der nicht unbedeutenden Mitgliederzahl von knapp 950 (im Jahr 1998), (STATISTISCHES JAHRBUCH BERLIN; 1999, S.190) werden die Adass Jisroel-Mitglieder darum in unserer Statistik nicht berücksichtigt.

Quellengrundlage für die verwendeten Zahlen ist die Mitgliederstatistik der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Diese wird anonymisiert und nach Bezirken und Altersgruppen gegliedert im Gemeindeblatt „jüdisches Berlin“ veröffentlicht. Um gleichzeitig Aktualität und Vergleichbarkeit mit der Erfassung der Institutionen zu gewährleisten, wird auf die Angaben des Jahres 1998 zurückgegriffen. Diese wurden in der Märzausgabe 1998 veröffentlicht und sind auszugsweise in der Gesamtstatistik (siehe Anlage 1) aufgenommen. Für ältere Vergleichszahlen wird an entsprechender Stelle auf Angaben des Statistischen Jahrbuchs Berlin, sowie auf Angaben in anderer Literatur verwiesen.

### **Jüdische Institutionen**

Die Erfassung der jüdischen Institutionen in Berlin erfolgte in einer unsystematischen Sammlung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat. Als Hauptquellen sind zu nennen das Faltblatt „Jüdische Stätten in Berlin“, 1993 herausgegeben von der Berliner Senatskanzlei, der Stadtführer „Das jüdische Berlin heute“ aus dem Quadriga Verlag mit dem Erscheinungsjahr 1999, sowie der „Wegweiser“ der Jüdischen Gemeinde zu Berlin vom September 1999. Darüber hinaus wurden eigene Recherchen angestellt um die Erfassung in Zweifelsfällen zu berichtigen. Da es in der statistischen Auswertung nicht um absolute Zahlen sondern nur um relative Verhältnisse geht, ist weder eine absolut vollständige Erfassung der Einrichtungen, noch eine Gewichtung nach ihrer Bedeutung unbedingt erforderlich.

Als „jüdischen Institutionen“ werden also in dieser Bestandsaufnahme alle Einrichtungen zusammengefasst, die offiziell jüdische Gruppen repräsentieren, jüdische Interessen vertreten oder ihrem Selbstverständnis nach ausdrücklich jüdisch orientiert sind. Sie sind in Listenform der Arbeit beigelegt (siehe Anlage 2). In der Auswertung wird nach folgenden fünf Kategorien selektiert:

#### **1. Religiöse Einrichtungen**

Dazu zählen die Synagogen und Friedhöfe, nicht aber z.B. religiöse Schulen. Von der Erfassung ausgenommen sind jüdische Gedenkstätten, die zwar als religiöse Einrichtungen gelten

können, jedoch in unserem Zusammenhang nicht von gleichrangiger Bedeutung sind und das statistische Verhältnis verfälschen würden.

## **2. Einrichtungen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin**

Hierzu zählen die von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin direkt oder in Trägerschaft betriebenen sozialen Einrichtungen, Vertretungen und Versorgungseinrichtung. An einem Standort und gemeinsam auftretende einzelne Stellen wurden zusammengefasst.

## **3. Freie jüdische Gruppierungen**

Diese Einrichtungen sollen sich vorrangig an gläubige Juden wenden (Abgrenzungskriterium zu Kategorie 5), nicht aber von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin betrieben oder getragen werden. Sie benutzen oftmals Räumlichkeiten anderer Träger und werden in der Bestandsaufnahme nur sehr bruchstückhaft erfasst. Um Vergleichbarkeit mit der Bevölkerungsverteilung zu gewährleisten, werden hier auch die Einrichtungen der Adass Jisroel Gemeinde aufgenommen.

## **4. Überregionale / Internationale jüdische Institutionen**

In dieser Kategorie werden alle Einrichtungen erfasst, deren Wirkungsbereich oder deren Träger ausdrücklich überregional oder international ausgerichtet ist. Es zählen also sowohl Berliner Institutionen die überregional / international agieren, als auch Berliner Vertretungen von überregional/international agierenden Institutionen dazu.

## **5. Assoziierte Kultur- und Freizeiteinrichtungen**

In Ergänzung zu Kategorie 3 werden hier alle Einrichtungen mit allgemein jüdischem „Image“, die sich jedoch nicht eindeutig an gläubige Juden wenden, erfasst.

## **III Auswertung**

In der Aufbereitung der Rohdaten - zur Vorbereitung einer umfassenderen Analyse, die hier nicht geleistet wird - müssen zunächst die Grundzüge der jeweiligen stadträumlichen Verteilung von jüdischer Bevölkerung und jüdischen Institutionen umrissen werden. Anschließend können diese miteinander verglichen und so Ungleichverteilungen festgestellt werden. In der Gegenüberstellung von Wohnstandorten einerseits und Standorten von Institutionen andererseits soll dann das Muster der räumlichen Verteilung der jüdischen Bevölkerung und ihrer Institutionen in Berlin thesenhaft charakterisiert werden.

Die Mitgliederverteilung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Anfang des Jahres 1998 ist zunächst auffällig durch ein starkes Ungleichgewicht zwischen den östlichen und den westlichen Stadtbezirken gekennzeichnet. Hauptwohngebiete sind Wilmersdorf, Schöneberg und Charlottenburg, in denen allein über die Hälfte der Gemeindemitglieder ihren Wohnsitz haben. In allen Bezirken des ehemaligen West-Berlin zusammengenommen wohnen sogar über 90% der Mitglieder. Unter den östlichen Bezirken, die als Wohnstandorte der jüdischen Bevölkerung insgesamt nur marginale Bedeutung haben, kann ein gewisser Schwerpunkt im Bezirk Mitte festgestellt werden. Diese Verteilung spiegelt sieben Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer das Ergebnis der unterschiedlichen Entwicklung der jüdischen Gemeinden während der Jahrzehnte der deutschen Teilung wieder.

Auffällig bei der stadträumlichen Verteilung jüdischer Institutionen ist zunächst, dass zwei starke Ballungen existieren, eine in Charlottenburg mit 22 und eine in Mitte mit sogar 28 Einrichtungen. Die Konzentration in Charlottenburg als dem zentralen Bezirk des Westteils der Stadt entspricht der jüdischen Bevölkerungskonzentration dort und dient unzweifelhaft der Bedarfsdeckung. Die Konzentration im Bezirk Mitte, wo rechnerisch auf 9,5 jüdische Einwohner eine jüdische Einrichtung kommt, kann natürlich nicht auf den Bedarf der jüdischen Wohnbevölkerung zurückgeführt werden. Sie ist vor allem Ergebnis der Rückerstattungen nach 1990, durch die sowohl die Jüdische Gemeinde zu Berlin, als auch andere jüdische Träger Räumlichkeiten in Mitte, als dem historischen Zentrum jüdischen Lebens vor der nationalsozialistischen Verfolgung, wieder nutzen konnten. Die Situation, die sich dadurch für die jüdische Gemeinde ergibt, hat deren Vorsitzender Nachama einmal so zusammengefasst: „Wir haben zur Zeit das Problem, daß wir rund um das Centrum Judaicum einen Raum nach dem nächsten rückübereignet bekommen, aber im Westen zu wenig Platz haben (ALLGEMEINE JÜDISCHE WOCHENZEITUNG VOM 23. JULI 1998).

Im Vergleich der Verhältnisse im Bezirk Charlottenburg und im Bezirk Mitte schlägt sich eine generelle Ost-West-Problematik nieder, die durch die ungleiche Entwicklung der jüdischen Bevölkerung während der Zeit der Teilung und die Rückübertragungen ehemals jüdischen Eigentums im Osten seit 1990 verursacht wird. Während die Bevölkerungsverteilung noch immer ein extremes Ungleichgewicht aufweist (Westen insgesamt: 9888, Osten insgesamt: 836), hat sich der Zahl der jüdischen Einrichtungen überproportional zur jüdischen Bevölkerung angeglichen (Westen insgesamt: 41, Osten insgesamt: 34). Vergleicht man unmittelbar

die jeweiligen Zentren, also den Bezirk Charlottenburg im Westen und den Bezirk Mitte im Osten, so kehrt sich dieses Verhältnis sogar um (22 zu 28).

Wird die Verteilung der jüdischen Einrichtungen nach den fünf Kategorien betrachtet, dann zeigt sich folgendes Bild: Bei den religiösen Einrichtungen gibt es eine ungefähre Gleichverteilung auf den Ost- und den Westteil der Stadt. Da sich in dieser Gruppe vor allem fest ortsgebundene Einrichtungen (Friedhöfe!) befinden, ist diese Kategorie jedoch in diesem Zusammenhang nur bedingt aussagekräftig. Anders ist dies bei den übrigen Gruppen: bei den Gemeindeeinrichtungen kristallisiert sich ein stärkeres (14 zu 7), bei den „freien“ sowie den „internationalen und überregionalen“ jüdischen Einrichtungen jeweils ein leichteres Übergewicht von Standorten in den West-Bezirken heraus. Die verhältnismäßig hohe Zahl von Einrichtungen in den Ostbezirken ist hier zum weit überwiegenden Teil auf Neuansiedlungen nach 1990 zurückzuführen, die aufgrund des neu verfügbaren Raumangebots, nicht auf eine stadträumlich spezifische Nachfrage erfolgt sind. Komplizierter liegt der Fall wohl bei den „assoziierten“ Kultur- und Freizeiteinrichtungen, die mit einem deutlichen Übergewicht in den Ost-Bezirken und dort fast ausschließlich im Bezirk Mitte zu finden sind. Diese Ballung von manchmal nur „pseudo-jüdischen“ Einrichtungen ist daher sehr interessant, weil sie weder auf den Bedarf einer jüdischen Wohnbevölkerung, noch ausschließlich auf die Rückübertragung von Immobilien nach 1990 zurückgeführt werden kann. Sie beruht vielmehr auf dem historischen Erbe und dem daraus resultierenden imaginierten jüdischen „Charakter“ des Stadtteils. Dieser Sonderfall einer stadträumlichen Ballung aufgrund von „sehr weichen“ Standortfaktoren wäre sicherlich einer eingehenderen Untersuchung hinsichtlich ihrer Motive und ihrer prozessualen Selbstverstärkung wert.

Abschließend lässt sich feststellen, dass das gegenwärtige stadträumliche Verteilungsmuster der jüdischen Bevölkerung und der jüdischen Einrichtungen in Berlin von einer starken Verzerrung geprägt ist. Im Gegensatz zu einer „gewachsenen Gemeinde“ wie sie vor 1933 in Berlin bestanden haben mag, ist die heutige Situation Ergebnis einer stadtgeographischen Sonderentwicklung, sie ist eben der jahrzehntelangen Teilung der Stadt und den rechtlichen Bedingungen der darauffolgenden Zusammenführung geschuldet. Erstere führte zu einer ungleichen Bevölkerungsentwicklung, während letztere die zunächst daran angepasste Verteilung der Institutionen nunmehr in ein stadträumliches Muster zurückführte, dessen Stand dem vor über fünfzig Jahren entspricht.

## **TEIL 2**

**Exkursionsreader zur Migration von Juden in Berlin in  
Vergangenheit und Gegenwart**



## **Exkursionsreader zur Migration von Juden in Berlin in Vergangenheit und Gegenwart**

### **- Exkursionsroute -**

(siehe Anlagen 3 bis 6)

#### **Spandauer Vorstadt**

1. Ehemaliger jüdischer Friedhof und jüdisches Altenheim  
Große Hamburger Str. 26
2. Jüdisches Gymnasium  
Große Hamburger Str. 27
3. The Missing House  
Große Hamburger Str. 15/16
4. Ehemaliges jüdisches Krankenhaus und Mädchenschule  
Auguststr. 11-15 (Krankenhaus 11-13; Schule 14/15)
5. Neue Synagoge  
Oranienburger Str. 28-31
6. Synagoge Adass Jisroel  
Tucholskystr. 40
7. Leo-Baeck-Haus (Zentralrat der Juden in Deutschland)  
Tucholskystr. 9

#### **Südliche Friedrichstadt**

8. Mosse-Zentrum  
Schützenstr. 19-25
9. Jüdisches Museum Berlin  
Lindenstr. 9-14

#### **Wilmsdorf und Charlottenburg**

10. Jüdisches Gemeindehaus und Synagoge  
Joachimsthaler Str. 13
11. Gemeindehaus  
Fasanenstr. 79/80
12. Kosher Deli  
Goethestr. 61

## **SPANDAUER VORSTADT**

Aufgrund der Vertreibung der Juden aus der Mark Brandenburg im Jahre 1573 gab es hundert Jahre kein jüdisches Leben mehr in Berlin.

„Erst das Edikt vom 21. Mai 1671, mit dem der große Kurfürst fünfzig aus Wien vertriebenen jüdischen Familien gestattete, sich in der brandenburgischen Residenzstadt niederzulassen, ermöglichte den Neuanfang“ (FEYERABEND 1999, S. 107).

Sieben Familien folgten dem Angebot des Kurfürsten und siedelten sich in Berlin an. Im Jahre 1672 erwarb die jüdische Gemeinde das Grundstück für ihren Begräbnisplatz vor dem Spandauer Tor. Der Bau eines eigenen Gotteshauses blieb den Juden vorerst untersagt.

„Ebenfalls 1672 erließ der Kurfürst eine Feuerordnung, in der festgelegt wurde, daß wegen der hohen Brandlast Heu und Stroh in größeren Mengen nur in Scheunen außerhalb der Stadt eingelagert werden durften. Ein solches Scheunenviertel entstand als Folge dieser Verordnung zwischen Spandauer und Georgentor“ (GESELLSCHAFT HACKESCHE HÖFE 1995, S. 19f.).

In den folgenden Jahren entwickelte sich in diesem Gebiet die *Spandauer Vorstadt*. Bereits 1705 wurde das vergrößerte Stadtgebiet mit einer Palisade umgeben, um eine Accise, eine Steuer, erheben zu können. 1716 war das Gefüge der Straßen und Gassen der neuen Vorstadt bis an die Friedrichstraße heran ausgebildet (vgl. GESELLSCHAFT HACKESCHE HÖFE 1995, S. 20).

Die christliche Gemeinde der Spandauer Vorstadt erhielt 1712/13 ihre Kirche, die Sophienkirche. Zeitgleich entstand die erste Gemeindesynagoge in der Heidereutergasse Nr. 4. Damit verfügte die Berliner jüdische Gemeinde, mit dem Begräbnisplatz und der 1672 gegründeten Beerdigungsbrüderschaft, über drei Institutionen. Sie bildeten den Anfang und den Ausgangspunkt für die jüdische Besiedlung in der neu entstandenen Spandauer Vorstadt.

### **Standort 1**

#### **Ehemaliger jüdischer Friedhof und jüdisches Altenheim**

##### **Ehemaliger jüdischer Friedhof**

Die Fläche des 1672 angelegten Begräbnisplatzes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, ist für den heutigen Besucher nur noch als eine Grünfläche im Stadtbild erkennbar. Lediglich Gedenktafeln an der südlichen Umfassungsmauer zur Oranienburger Straße und ein Grabstein, erinnern an den ältesten der Berliner jüdischen Friedhöfe.

Es gibt Quellen, die von einem noch älteren jüdischen Begräbnisplatz innerhalb Berlins berichten (GALLINER 1987, S. 288). Dieser soll sich bis zum Jahre 1571 in der Judengasse, der späteren Landwehrstraße befunden haben. Bis in die letzten Kriegstage erinnerten ein kleines Bethaus und ein Gedenkstein daran, „daß an dieser Stelle die Opfer des ersten großen Judenmordes, die sterblichen Überreste von 36 auf dem Scheiterhaufen hingerichteten Juden, im Jahr 1510 beigesetzt worden waren“ (GALLINER 1987, S. 288).

Der Friedhof in der Großen Hamburger Straße wurde 1672 eingeweiht. Im Jahr zuvor hatte sich durch das Aufnahmeedikt des Kurfürsten Friedrich Wilhelm die moderne jüdische Gemeinde zu Berlin gegründet. Model Riess gilt als der Stifter des Friedhofsgeländes. Er erwarb das Grundstück in der Großen Hamburger Straße 26 und übergab es der jüdischen Gemeinde. Eine noch heute existierende Gedenktafel, die in die Friedhofsmauer über das Grab des Friedhofsgründers eingelassen wurde, erinnert an ihn.

„Der hier Bestattete erwarb im Jahr 1672 dieses Grundstück zum Begräbnisplatz, auf welchem bis zum 24. Juni 1827 beerdigt wurde. Das Andenken dieses Friedhofsgründers ehrte durch diese Denktafel im Jahr 1884 Samuel Nehemias Speier, ein in 8. Generation von ihm abstammender Enkel“ (GALLINER 1987, S. 289).

Gumprecht Jechiel Aschkenasi wurde im Jahre 1672 als erster zu Grabe getragen. Zu der Anzahl der dort Beigesetzten lassen sich keine genauen Angaben machen. „Nach einer älteren Quelle wird die Anzahl der zwischen 1672 und 1827 hier Bestatteten mit über 12 000 beziffert. Da der Friedhof jedoch nur 0,59 Hektar umfaßte und die Mitgliederzahl der Gemeinde sich in den einhundertfünfundfünfzig Jahren nicht so stürmisch entwickelt hat, ist diese Angabe als wesentlich überhöht einzuschätzen“ (ETZOLD 1991, S. 23f.). Der ehemalige Inspektor des Friedhofs Leiser Landshut erfaßte im Jahr 1872 noch 2767 bestehende Grabstätten. Anhand dieser und anderer Quellen, geht man heute von einer Zahl um die 3000 Bestatteten aus.

Anfang des vergangenen Jahrhunderts war der einst freiliegende jüdische Friedhof rundherum von Häusern eingeschlossen. Von der Großen Hamburger Straße aus war er durch die lange Gebäudeflucht der jüdischen Altersversorgungsanstalt und der jüdischen Knabenschule kaum noch wahrzunehmen. Das Gelände selbst blieb unverändert. Die Bebauung einer Totenstätte ist nach jüdischen Religionsvorschriften ausgeschlossen. Das *düsterste* Kapitel in der Geschichte des Begräbnisplatzes, seine rücksichtslose Entweihung und Zerstörung, begann auf Befehl der Gestapo im Jahre 1942. „1943 hatte sie durch die Mitte des Friedhofes einen Splittergraben gezogen, ihn mit historischen Grabsteinen abgesteift und die

Gebeine der Toten hinausgeworfen“ (GOTTSCHALK 1992, S. 29). Das Altenheim der jüdischen Gemeinde zu Berlin diente seit 1942 als Sammellager für Berliner Juden zum Abtransport in die Vernichtungslager. Den angrenzenden Friedhof nutzte das Wachpersonal als Sportplatz; außerdem war er für die jüdischen Häftlinge der Ort für bewachte Hofgänge.

Der Friedhof wurde nicht vollständig zerstört. „Gegen Kriegsende wurden hier die Bombenopfer in einem Massengrab begraben, die schlichten Holzkreuze und einige jüdische Grabsteine standen noch eine Reihe von Jahren, daran erinnern sich Anwohner“ (STEGLICH/KRATZ 1994, S. 54). In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde der ehemalige jüdische Friedhof, bzw. dessen letzte Überreste, vom zuständigen Stadtgartenamt eingeebnet. Es erfolgte eine Neugestaltung als parkähnlicher Gedenkhain. Seit 1948 befinden sich an der Südmauer, über den ehemals dort eingelassenen Grabsteinen, vier Gedenktafeln. Sie erinnern an den Friedhofsbegründer Model Riess, an die erste Beisetzung, an die Entweihung durch das NS-Regime und an die Notbestattungen im Jahr 1945. Im Mai 1985 wurde auf dem Vorplatz am Eingang zum Friedhof eine Skulpturengruppe als Mahnmal für die Opfer der faschistischen Barbarei aufgestellt. Sie zeigt 13 fast lebensgroße Frauenfiguren in Bronze, die nach Entwürfen des Bildhauers Will Lammert ausgeführt wurde. Ursprünglich war sie für die Mahn- und Gedenkstätte des ehemaligen KZ Ravensbrück bestimmt.

Der Philosoph und Vorkämpfer der Judenemanzipation Moses Mendelssohn. ist wohl einer der berühmtesten unter den Beigesetzten auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof. Er wurde 1729 in Dessau geboren und starb 1786 in Berlin. Den ersten, relativ schlichten Grabstein für Mendelssohn schuf 1787 Wilhelm Chodowiecki mit einer hebräischen Inschrift. Ende des 19. Jahrhunderts wurde dieses Denkmal durch ein größeres, schwarzes spätklassizistisches Granitmal mit zweisprachiger Goldinschrift und Gitterumfriedung ersetzt. Nach der Zerstörung des Friedhofes während des Zweiten Weltkrieges, wurde im Jahr 1962 ein neuer, völlig schmuckloser Stein an der Stelle aufgestellt, an der man das Grab vermutete. „Am 23. Mai 1990 erfolgte die Steinweihe eines neugestalteten Grabmals für Moses Mendelssohn durch Nachfahren der Familie. Diese vierte Stele für den Philosophen entspricht in ihrer äußeren Gestaltung in etwa dem ursprünglichen Stein, [...], mit dem Unterschied, daß genannter eine hebräische Inschrift besaß, der neue jedoch eine deutsche“ (GOTTSCHALK 1992, S. 30).

Weitere bedeutende Persönlichkeiten, die auf dem Friedhof in der Großen Hamburger Straße ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, sind u. a. der Rabbiner und Lehrer Moses Mendelssohns David Fränkel; der Bankier und Silberlieferant Daniel Hitzig (1723-1799); der in der Zeit Friedrichs des Großen bedeutende Münzunternehmer und Hofjuwelier Veitel Heine

Ephraim (1703-1775); der Arzt und Vater von Henriette Herz Benjamin de Lemos (1764-1847); der Ehemann von Henriette Hertz, der Arzt und Philosoph Marcus Hertz (1747-1803).

### **Jüdisches Altenheim**

Das erste jüdische Altersheim wurde 1829 gegründet. Es befand sich in der Oranienburger Straße 8. Am 28. Juli 1844 zogen die Bewohner in das neu errichtete Gebäude in die Große Hamburger Straße 26. Bis zur endgültigen Fertigstellung des Hauses im Jahr 1874 wurde es mehrfach erweitert.

„Es lag nahe, daß die jüdische Gemeinde ihr erstes Altersheim in diesem Stadtteil baute: Benachbart war der alte Friedhof der Gemeinde, der mit dem Grab Mendelssohns und vielen oft verwitterten und halb in die Erde abgesunkenen Grabsteinen eine malerische Kulisse abgab und Gelegenheit zu erholsamen Rundgängen für die Alten bot; unweit von hier befand sich das erste Krankenhaus der Gemeinde in der Auguststraße und die Alte Synagoge in der Heidereutergasse“ (GALLINER 1987, S. 261).

Wie für alle jüdischen Einrichtungen und Institutionen bedeutete der Beginn des Nationalsozialismus 1933 auch für das ehemalige Altersheim in der Großen Hamburger Straße den Anfang vom Ende. „Nach 1933 wurde aus dieser preußisch-jüdischen Oase ein Ort des Schreckens“ (GALLINER 1987, S. 262). 1942 besetzte die Gestapo das Gebäude und richtete eines ihrer berüchtigten *Judenlager* ein. In dem Haus, das einst für die Erhaltung des Lebens eingerichtet war, wurden nun Tausende jüdischer Menschen zur Vorbereitung für Vernichtung und Tod eingelagert. Das Gebäude wurde gesichert wie ein Gefängnis: Gitter vor den Fenstern, Posten an allen Ein- und Ausgängen, Scheinwerfer, die jegliche Flucht auch während der Nacht unmöglich machten. Mehr als 55 000 Menschen passierten das Sammellager Große Hamburger. „Am 29. Mai 1943 wurde das Siechenheim in der Auguststraße 14-16 mit 300 liegenden Patienten - insgesamt 327 Personen - >>evakuiert<<, mit dem 90. Alterstransport nach Auschwitz gebracht; am 10. Juni 1943 wurde das Büro der Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger aufgelöst, die Mitarbeiter verhaftet und in das Sammellager Große Hamburger verbracht. Das jüdische Leben war damit aus der Spandauer Vorstadt verschwunden“ (STEGLICH/KRATZ 1994, S. 55).

Das Gebäude des ehemaligen jüdischen Altersheimes ist in Folge des zweiten Weltkriegs vollständig zerstört worden. Zwischen dem Eingang zum Friedhof und, der wieder als Schule der jüdischen Gemeinde fungierenden ehemaligen Jüdischen Knabenschule, befindet sich

heute eine große Baulücke. An die Existenz des Altenheimes erinnern ein Denkmal und die bereits erwähnte Skulpturengruppe des Bildhauers Will Lammert.

## **Standort 2**

### **Jüdisches Gymnasium**

Das heutige jüdische Gymnasium hat seine Ursprünge im Jahr 1778. Unter dem Einfluß Moses Mendelsohn gründeten der bekannte Aufklärer David Friedländer und sein Schwager Isaac Daniel Itzig, der Sohn des Bankiers Friedrichs des Großen, die jüdische Freischule. Sie war die erste Schulanstalt in Deutschland, die zu den traditionellen biblisch-talmudischen Schulfächern auch die Elemente der allgemeinen Bildung in den Schulplan aufnahm.

Bis zum staatlichen Verbot von 1819 wurden auch christliche Schule aufgenommen; auch die Lehrer waren zum Teil Christen. Die Schule wurde am 29. Dezember 1925 geschlossen.

Die jüdische Gemeinde übernahm die Schule und eröffnete am 3. Januar 1826 die Gemeindegknabenschule, die 1829 mit einer privaten Schule zusammengeschlossen wurde. Das Ausbildungsziel des Institutes umfaßte „eine volle und tüchtige Befähigung für den sofortigen Eintritt in die bürgerlichen Berufsverhältnisse oder eine feste und grundlegende Vorbereitung für die Gymnasien und Realschulen.“

Bis 1863 stiegen die Schülerzahlen von 116 Schülern 1852 auf 467 Schüler an, so dass ein neues Schulgebäude in der Großen Hamburger Straße errichtet wurde. 1906 wurde an der Stelle des alten Schulgebäudes ein von Gemeindebaumeister Höninger entworfenes neues Haus eingeweiht. Diese Gebäude mit der Inschrift „Knabenschule der Jüdischen Gemeinde“ über dem Eingang steht heute noch.

1944 mußte der Schulbetrieb eingestellt werden. Mit den zunehmenden Verboten für Juden Kulturelle Veranstaltung ein der Öffentlichkeit abhalten zu dürfen, wurde die Schule in der Zeit des Nationalsozialismus ein wichtiges Zentrum auch für das jüdisch-kulturelle Leben in Berlin.

Am 06. August 1993 wurde die Schule wiedereröffnet und beinhaltet seit dem die jüdische Oberschule (Realschule und Gymnasium). Neben dem Unterricht nach dem Berliner Lehrplan zählen Judaistik (d.h. Hebräisch und Religionslehre) als Unterrichtsfach und jüdische Religionslehre als mögliches Prüfungsfach im Abitur. Die Schule steht – wie schon damals – Juden und Nichtjuden offen.

### **Standort 3**

#### **The Missing House**

In der Großen Hamburger Straße 15/16 entstand 1990 Christian Boltanskis Installation "The Missing House" im Rahmen des Kunstprojektes "Endlichkeit der Freiheit". Boltanski wählte für seine Installation die Baulücke aus, welche durch einen Bombenangriff im zweiten Weltkrieg entstanden ist. An den beiden sich gegenüberstehenden Brandwänden sind Tafeln angebracht worden. Sie ähneln Traueranzeigen und wurden stockwerkweise den verschwundenen Wohnungen zugeordnet. Diese Tafeln weisen auf die Namen, Berufe und Wohndaten ehemaliger Hausbewohner hin. Auffällig ist, daß einige Bewohner mit jüdisch klingenden Namen schon 1942, 1943 oder 1944 aus dem Haus verschwanden. Ob sie deportiert wurden oder was wirklich mit ihnen geschah, bleibt offen. Alle übrigen Bewohner verloren 1945 durch einen Bombenangriff ihr Zuhause beziehungsweise kamen ums Leben. Das Denkmal verknüpft individuelle Lebensgeschichte mit Weltgeschichte. Auf die Lebensgeschichten von Nichtjuden und jüdischen Opfern, auf Vertreibung und Deportation wird hingedeutet. Mit den umliegenden Orten, der ehemaligen jüdischen Knabenschule, dem alten jüdischen Friedhof und der Plastik von Will Lammert in Gestalt einer Frauengruppe, welche ursprünglich für die Gedenkstätte Ravensbrück bestimmt war, bildet Boltanskis Installation ein räumliches und historisches Zusammenspiel. Dieses muß der Betrachter mit Hilfe seines geschichtlichen Vorwissens und den Daten und Namen an den Brandwänden selbst erschließen und interpretieren (vgl. LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNGSARBEIT BERLIN 1999, S. 123).

### **Standort 4**

#### **Ehemaliges jüdisches Krankenhaus und Mädchenschule**

##### **Ehemaliges jüdisches Krankenhaus**

Die Geschichte des jüdischen Krankenhauses Berlin reicht weit in die Geschichte der Stadt zurück. Am Ausgang des Mittelalters war es für alle jüdischen Gemeinden aufgrund ihrer absoluten Rechtlosigkeit und der dauernden Vertreibungsgefahr unmöglich, Krankenhäuser o. ä. einzurichten.

In jeder Gemeinde gab (und gibt es teilweise bis heute) verschiedene Gesellschaften, die sich in kollektiver, institutionalisierter Form den Aufgaben der Wohltätigkeit [...] widmen. Hier seien sie noch einmal genannt:

1. Dem Fremden Gastfreundschaft zu gewähren,
2. Einen Kranken zu besuchen, der dessen bedarf - *Chewra Bikur Cholim*,
3. Fürsorge für die Armen, Witwen und Waisen,
4. Begleitung der Toten zur Bestattung - *Chewra Kadischa* (DOETINCHEM/WINAU 1989, S. 29)

Die Berliner Jüdische Gemeinde unterhielt bereits Mitte des 16. Jahrhunderts (noch vor der Vertreibung der Juden aus der Mark Brandenburg im Jahre 1573) ein Haus für arme Kranke, *Heqdesch* genannt.

Nach der erneut gewährten Niederlassungserlaubnis für Juden in Berlin (1671) errichtete die *Chewra Bikur Cholim* 1703 ein Krankenhaus. Das sogenannte *Heqdesch* befand sich in der Schmalen Gasse, die Kloster- und Rosenstraße verbindet, und somit in der von Juden bewohnten Gegend Berlins.

Da das Haus schon sehr bald den räumlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen war; die jüdische Gemeinde war Mitte des 18. Jahrhunderts auf 2000 Menschen angewachsen; entstand im Jahre 1756 in der Oranienburger Straße das *Juden-Lazarett*.

Nach weniger als 100 Jahren, forderten die Ärzte des jüdischen Krankenhauses 1837 dringend einen Neubau, da die Räumlichkeiten des *Juden-Lazaretts* in der Oranienburger Straße bei weitem nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Krankenanstalt entsprachen. Die Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde beschloß 1857 den Neubau.

In der Auguststraße wird ein Grundstück angekauft, und dem königlichen Baurat Knoblauch, der bereits die Synagoge in der Oranienburger Straße gebaut hatte, wird die architektonische Bauleitung, dem Baumeister Haehme die Ausführung übertragen. Der Charité-Direktor C. H. Esse war an der Ausarbeitung der Pläne wesentlich beteiligt, und dieser Tatsache ist es zu verdanken, daß das Krankenhaus in der Auguststraße eines der modernsten Krankenhäuser im Berlin seiner Zeit wurde, nur noch vergleichbar mit der Charité. Die Grundsteinlegung erfolgte am 22. Juni 1858. Zwei Jahre später war der Bau fertig“ (DOETINCHEM/WINAU 1989, S. 52).

Das neue Krankenhaus der jüdischen Gemeinde zu Berlin in der Auguststraße wurde am 03. September 1861 eröffnet. Das Haus besaß eine der modernsten Einrichtungen des 19. Jahrhunderts. Die Aufteilung der Räume des Gebäudes entsprach den neuesten Erkenntnissen der Zeit. Der Krankenhausbau war so einzigartig, daß bauliche Veränderungen lange auf sich warten lassen konnten (DOETINCHEM/WINAU 1989, S. 52).



1887 wurde die Poliklinik eingerichtet. Sie war dafür da, leichte Krankheitsfälle ambulant zu behandeln und das Krankenhaus zu entlasten, daß eine Kapazität von anfangs 120 Betten hatte. Die Belegzahlen stiegen von 337 im Jahre 1862 auf über 500 Patienten im Jahre 1865.

Um die Jahrhundertwende befand sich das Krankenhaus Auguststraße in einer ähnlichen Situation, wie bereits zweimal zuvor in den älteren Gebäuden Schmale Gasse und Oranienburger Straße. Auch im einst modernsten Krankenhaus Berlins war nicht mehr ausreichend Platz vorhanden. Die jüdische Gemeinde war mittlerweile auf 120 000 Mitglieder angewachsen. Medizinischer Fortschritt hatte eine Reihe neuer Errungenschaften hervorgebracht, die in ihrem Einsatz jedoch viel Raum beanspruchten. All dem war das Gebäude in der Auguststraße nicht mehr gewachsen. Es war bis an die Grenze seiner Belastbarkeit beansprucht. Eine vorschriftsmäßige Behandlung war laut Aussage der behandelnden Ärzte nicht mehr möglich.

1906 entschied sich die jüdische Gemeinde für den Neubau eines Krankenhauses. Im Jahre 1914 eröffnete, das noch heute existierende Jüdische Krankenhaus im Wedding.

### **Mädchenschule**

Die Mädchen(-mittel)schule der jüdischen Gemeinde Berlin wurde 1835 in der Heidereuter-gasse 5, in einem Nebengebäude der Synagoge eröffnet. 80 Mädchen wurden in zwei Klassenstufen unterrichtet.

Schon während der Planung für die Gemeindegabenschule wurde an die Einrichtung einer Mädchenschule gedacht. Ihre zukünftige Aufgabenstellung wurde wie folgt skizziert:

„Die Schule soll die Mädchen für ihren Beruf erziehen, so dass der Unterricht nicht eigentlicher Zweck, sondern bloß das Mittel ist, den Kindern Sitte und Bildung beizubringen und Frömmigkeit einzuflößen. Keineswegs aber soll das Gefühl durch Verstandsanstrengungen abgestumpft und durch Überbildung das weibliche Gemüth verfälscht werden“ (FEHRS 1993, S. 112).

Viele Gemeindeglieder hielten die Gründung, bzw. die Einrichtung einer Mädchenschule für überflüssig. Der Gemeindevorstand zögerte aus Angst vor hohen Kosten. Von den 424 Mädchen der Gemeinde besuchten nur 112 jüdische Schulen. Auf den christlichen Schulen registrierte man nur wenige, Privatunterricht konnten sich die wenigsten leisten. Es bestand dringend Bedarf, an einer eigenen Schule für die Mädchen der jüdischen Gemeinde. Nach dem Allgemeinen Landrecht war die Gemeinde im Grunde zur Einrichtung einer eigenen

Schule verpflichtet. Nach jahrelangen Verhandlungen innerhalb der Gemeinde und nach Auseinandersetzungen mit den städtischen Behörden kam es erst 1835 zur erwähnten Schulgründung.

Ähnlich wie die Knabenschule war auch die jüdische Mädchenschule eine reine Armen- schule. Sie wurde hauptsächlich von den Kindern kleiner oder verarmter Kaufleute, Unterbe- amten und Handwerkern besucht. Einen großen Anteil an der Schülerschaft hatten auch die Waisenkinder. Der entscheidende Unterschied zur Knabenschule bestand darin, daß keine Anpassung in der Ausbildung beider Geschlechter erfolgte.

„Im Mittelpunkt des Unterrichts standen traditionell weibliche Arbeiten wie Nähen und Handarbeit. Im ersten Lehrplan waren von 37 Wochenstunden der ersten Klasse 17 für Handarbeiten vorgesehen, in der zweiten Klasse von 32 Stunden 13. [...] Religion und Hebräisch beschränkte sich zu diesem Zeitpunkt auf fünf bis sieben Wochenstunden, die anderen Unterrichtsgegenstände waren Deutsch, Lesen Rechnen Schreiben, Ge- schichte, Naturlehre und Gesang“ (FEHRS 1993, S. 113).

1862 wurden an der Schule 320 Mädchen in 6 Klassenstufen unterrichtet.

Im Jahr 1875 zog die Mädchenschule in die Rosenstraße 2. Aber auch das neue Gebäude war den Raumannsprüchen einer Schule nur bedingt gewachsen.

Die folgende Tabelle zeigt die zahlenmäßige Entwicklung der Schule (Schüler, Lehrer und Klassen) von der Gründung 1835 bis 1910.

Tab. 1

<b>Jahr</b>	<b>Schüler</b>	<b>Lehrer</b>	<b>Klassen</b>
1835	80-100	5	2-3
1845	103	5	3
1850	118	5	4
1854	192	6	5
1864	327	7	7
1882	337	8	9 (inkl. 3 Parallelklassen)
1896	402	12	10 (inkl. 2 Parallelklassen)
1902	451	16	10 (inkl. 2 Parallelklassen)
1908	562*	16	14 (inkl. 5 Parallelklassen)
1910	546	16	15 (inkl. 6 Parallelklassen)

\*Höchststand der Schülerzahl (Quelle: FEHRS 1993, S. 115)

1904 war die Mädchenschule, nachdem zuvor bereits mehrere Klassen in andere Gebäude der Gemeinde ausweichen mußten, in einen Schulneubau in die Kaiserstraße 29/30 gezogen. Auch diesem Umzug der Mädchenschule waren zahlreiche Verhandlungen und Diskussionen in der Gemeinde vorausgegangen.

Durch stetig sinkende Schülerzahlen wurden im Jahre 1931 die Mädchenschule und die Knabenschule, trotz heftiger Proteste der Eltern, zusammengelegt. Erst ein Jahr zuvor war die Mädchenmittelschule, wie sie seit 1865 offiziell hieß, in das Gebäude Auguststraße 11-13 umgezogen. Beide Schulen hatten ihre Selbständigkeit zwar verloren, blieben in ihrer Eigenart jedoch unangetastet. In das Schulgebäude der Auguststraße zog die 1927 begründete Private Mädchen-Volksschule der Jüdischen Gemeinde.

## **Standort 5**

### **Neue Synagoge**

1856 hatte die Jüdische Gemeinde das Grundstück in der Oranienburger Straße 30, wo heute die Neue Synagoge beziehungsweise ihre Reste zu finden sind, dem Zimmermeister Lamprecht abgekauft (vgl. DEMPS 1998, S.104). Eröffnet wurde die von Eduard Knoblauch entworfene Synagoge im Jahre 1866. Der Bau mit solch einer imponierenden Kuppel war damals ein Zeichen der Zeit, als sich Juden mit ihrem Gotteshaus nicht länger im Hinterhof versteckten. Mit dem Prachtbau, den sie ohne staatliche Zuschüsse selbst finanzierten, bewiesen die Juden ihren Anspruch als Mitbürger (vgl. BLUHM 1992 S.164). Die Neue Synagoge erhielt ihren Namen, da die erste sogenannte Alte Synagoge in der Heidereutergasse stand. In der Neuen Synagoge wurde der Gottesdienst nach liberalem Ritus abgehalten. Orgelmusik, Chorgesang und Gebete in deutscher Sprache setzten sich durch. Außerdem wurden zwei reformorientierte Rabbiner angestellt - als Teil des Assimilationsprozesses. Dies hatte die Abspaltung der orthodoxen Religionsgemeinschaft Adass Jisroel mit etwa 300 Mitgliedern zur Folge (vgl. RÜRUP 1995, S.113).

Der von den Nationalsozialisten organisierte Pogrom in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 führte auch zu Verwüstung und Plünderung des Innenraumes der Synagoge in der Oranienburger Straße.

In der Nacht vom 22. zum 23. November 1943 wurde das Gebäude durch einen Bombenangriff stark beschädigt. 1988 begann der Wiederaufbau der Neuen Synagoge. Das ZK der SED beschloß die Rekonstruktion, da die DDR um eine Annäherung an die Vereinigten Staaten bemüht war. Um diese zu erreichen, mußte die DDR die mächtigen jüdischen Lobbys in den USA für sich gewinnen. 1988 bot sich mit dem fünfzigsten Jahrestag der Pro-

gromnacht eine ideale Gelegenheit. Ein vollständiger Wiederaufbau wurde bewußt vermieden.

Heute ist die neue Kuppel ein Blickpunkt. Auf dem Gelände markieren Steine den Umfang der Synagoge, damit Besucher ermessen können, welch ein großes Baukunstwerk verloren-ging (vgl. BLUHM 1992, S.173-174). Seit 1991 sind die jüdische West- und Ostberliner Gemeinde, die aufgrund der Teilung Berlins organisatorisch getrennt waren, wieder zusammengeschlossen (vgl. DIE AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE DES SENATS 1997, S. 75).

Erst am 7. Mai 1995 konnte die Neue Synagoge nach längeren Restaurationsarbeiten wieder eingeweiht werden. Durch Rückübertragungsbescheid wurde die Jüdische Gemeinde wieder Eigentümerin der Grundstücke an der Oranienburger Straße 28-31. Das Gebäude fungiert nun als Museum und Gedenkstätte. Heute ist mit dem benachbarten Café Oren, der Jüdischen Galerie und der Jüdischen Volkshochschule wieder ein Zentrum jüdischen Lebens in der Oranienburger Straße entstanden. Im Gebäude an der Oranienburger Straße 28-31 haben heute das "Centrum Judaicum", die Verwaltung und soziale Dienste, die zentrale Wohlfahrtsstelle und eine Reihe weiterer Institutionen ihren Sitz (vgl. ECKHARDT/NACHAMA 1996, S. 9-10). Seit dem Mauerfall 1989 zogen vermehrt jüdische Zuwanderer aus Osteuropa, insbesondere aus der ehemaligen Sowjetunion, nach Deutschland und nach Berlin. Einige Etagen im Gebäude neben der Synagoge beherbergen den Zuwanderertreffpunkt. Für alle Altersgruppen werden hier Angebote zur Freizeitgestaltung gemacht. Hauptziel des Treffpunktes ist die Integration ohne Assimilation. Das Gebäude in der Oranienburger Straße bietet gute Voraussetzungen für diese Nutzungsform (vgl. AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE DES SENATS 1997, S.46).

Jetzt ist es möglich, daß diese Synagoge zum Symbol für jüdische Zukunft in Berlin wird und Judentum wieder dorthin zurückkehrt, wo es einst schon seine Heimat hatte ( vgl. AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE DES SENATS 1997, S. 6).

## **Standort 6**

### **Synagoge Adass Jisroel**

Die Israelitische Synagogengemeinde Adass Jisroel zu Berlin gründete sich 1869. In diesem Jahr hatte die Gemeinde schon 800 Mitglieder. Fast ein Jahrzehnt später (1876) trat sie aus der Jüdischen Gemeinde Deutschlands aus und wurde erst wiederum ein Jahrzehnt darauf als eine Religionsgemeinschaft zugelassen (9.9.1885). Bis 1885 besaß die Gemeinde den Status einer Privatgemeinde, da nach den damaligen Gesetzen alle Juden in Berlin der Jüdischen Großgemeinde angehören mußten. Erst 1876 wurden separate Gemeinden aner-

kannt, die dann aus der Großgemeinde austreten konnten (JERSCH-WENZEL 1990, S.347; ECKHARDT U.A. 1996, S.11).

Die Gemeinde wurde aufgrund der immer stärkeren Assimilierung deutscher Juden an die hiesige Gesellschaft, auf gesellschaftlicher und religiöser Basis, gegründet. Sie wollte die jüdischen Traditionen aufrecht erhalten und nach den jüdischen Gesetzen auch in der deutschen Gesellschaft leben. Die Gemeinde verkaufte Lebensmittel, die nach den traditionellen Vorschriften hergestellt wurden. Dafür wurden extra eigene Schlachter, Fleischer und Bäcker angestellt, die unter Aufsicht des Rabbiners standen (JERSCH-WENZEL U.A. 1990, S.347; ECKHARDT U.A. 1996, S.11).

Ein eigenes Gemeindezentrum wurde aufgebaut: In der Gipsstraße 12a entstand eine Synagoge mit einem Rabbiner-Seminar, einer Bachurim-Schule, einer Talmud-Tora-Schule und eine Mikwe (rituelles Quellbad). Im Rabbinerseminar wurden orthodoxe und konservative Rabbiner ausgebildet. Des weiteren besaß Adass Jisroel ein eigenes Krankenhaus in der Elsässer-/Linienstraße. Nachdem die Jüdische Gemeinde von Berlin den Mitgliedern von Adass Jisroel die Beerdigung auf dem Zentralfriedhof in Weißensee untersagt hatte, eröffnete die Gemeinde 1880 Adass Jisroel einen Friedhof in Weißensee (heute: Wittlicher Straße an der Falkenberger Straße). Der erste Rabbiner von Adass Jisroel war Esriel Hildesheimer. 1904 zog das Gemeindezentrum in die heutige Tucholskystraße. Schon 1924 wurde aufgrund des starken Zuwachses ein zweites Zentrum in Berlin-Tiergarten eingerichtet (JERSCH-WENZEL 1990, S.348; NACHAMA U. SIMON 1992, S.10; ECKHARDT U.A. 1996, S.11; OFFENBERG U.A. 1986, S.272).

Adass Jisroel wurde 1939 durch das Naziregime aufgelöst und in die Reichsvereinigung eingegliedert. In der Pogromnacht wurde die Synagoge verwüstet aber nicht zerstört. Teile des Gemeindezentrums überstanden den Krieg aber aufgrund von Bombardierungen Berlins nur als Ruine und wurden 1967 gesprengt. Die Bibliothek von Adass Jisroel mit ca. 25 000 Büchern und wertvollen Handschriften ging vollständig verloren (OFFENBERG U.A. 1986, S.257; ECKHARDT U.A. 1996, S.12).

Im Dezember 1989 nahm die Gemeinde Adass Jisroel wieder ihre Arbeit in der Tucholskystraße auf. Auch der verwüstete Friedhof in Weißensee wurde seit 1985 wiederhergestellt. Im März 1990 konnte eine neue kleine Synagoge in der Tucholskystraße eingeweiht werden. Neben der Synagoge entstand das Beth Café, das nicht nur Gemeindemitgliedern als Begegnungsstätte dient. Das Geschäft Kolbo in der Auguststraße 77 steht unter Aufsicht von Adass Jisroel. Dort werden koshere Lebensmittel und rituelle Gebrauchsgegenstände verkauft. In einem Seitenflügel des Gebäudes entstand eine neue Mikwe. Seit 1986 erinnert

eine Gedenktafel am Eingang an vertriebene und ermordete Gemeindemitglieder (ECKHARDT U.A. 1996, S.11/12; RÜRUP 1995, S.354).

## **Standort 7**

### **Leo-Baeck-Haus (Zentralrat der Juden in Deutschland)**

Im heutigen Leo-Baeck-Haus wurde am 5. Januar 1870 von Moritz Lazarus und Salomon Neumann die „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ gegründet. Entworfen wurde das Haus vom Gemeindebaumeister Johann Hoeninge, und der Bau wurde von Nathan Bernstein finanziert (ECKHARDT U.A. 1996, S.10).

Über dem Eingangsportal des Leo-Baeck-Hauses überstand ein Löwenkopf, von „Füllhörnern“ umgeben, das Naziregime. Im jüdischen Glauben symbolisiert ein Löwe die jüdische Weisheit (ECKHARDT U.A. 1996, S.11; NACHAMA 1992).

Am 6. Mai 1872 nahm die Hochschule ihre Lehrtätigkeit auf. Sie war für jeden, Juden wie Nichtjuden und Männer wie Frauen, zugänglich. In der Hochschule befand sich ein Rabbinerseminar, und es wurde allgemeines jüdisches Wissen vermittelt. Durch Stiftungen und Zuwendungen reicher jüdischer Bürger konnte die Schule materiell unabhängig bleiben (ECKHARDT U.A. 1996, S.10/11). Im Jahre 1932 besuchten 155 Hörer (darunter 27 Frauen) die Schule (RÜRUP 1995, S.239).

Auf Anordnung preußischer Behörden wurde die Hochschule 1883 in „Lehranstalt“ umbenannt. Im Jahre 1920 wurde der ursprüngliche Name „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ wieder zugelassen und 1934 erneut verboten. Am 19. Juli 1942 mußte der Lehrbetrieb vollständig eingestellt werden. Einer der letzten Professoren war der Rabbiner Leo Baeck (1873-1956) (ECKARDT U.A. 1996, S.11).

Nach dem Krieg diente das Gebäude als Wohnhaus. Zu DDR-Zeiten erinnerte eine Gedenktafel an seine frühere Bedeutung und Funktion. Im Zuge von Rückübertragungen in den 1990er Jahren erhielt die Jewish Claims Conference, als jüdischer Vertreter, das Haus zurück. Der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Januar 1998 von Bonn nach Berlin in die Oranienburger Straße umzog, übernahm es von der Conference. Das jetzt Leo-Baeck-Haus genannte Gebäude konnte am 19.4.1999 durch den Zentralrat der Juden bezogen werden (Berliner MORGENPOST 17./20.4.1999).

In dem Gebäude arbeitet der Zentralrat der Juden in Deutschland, des weiteren befindet sich im Haus eine Niederlassung des European Jewish Congress und die Redaktion der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“, eine Zeitung die durch den Zentralrat herausgegeben

wird. Der World Jewish Congress plant eine Außenstelle im Leo-Baeck-Haus (BERLINER MORGENPOST 17./20.4.1999).

Der Zentralrat der Juden ist eine zentrale Wohlfahrtsstelle, der alle Juden Deutschlands vertritt. Er steuert überregional unter anderem die Integration von Zuwanderern und hat die soziale Betreuung von Jugendlichen und Senioren übernommen. Heute leben in Berlin ca.12 000 Juden, in der gesamten BRD wohnen derzeit 80 000 Juden, von denen der größte Teil aus Russland stammt (BERLINER MORGENPOST 20.4.1999).

#### Leo Baeck

Leo Baeck wurde 1873 in Lissa in Posen geboren. Er wurde durch den 1. Weltkrieg stark geprägt und gehörte der Generation der liberalen Rabbiner an. Die liberalen Rabbiner betonten hauptsächlich die „verbindenden Elemente der verschiedenen Richtungen im Judentum“ (RÜRUP 1995, S.224).

Ab 1912 war Baeck in der Jüdischen Gemeinde in Berlin tätig. Lange Jahre war er ihr geistiger Führer. Er lehrte seit 1919 Religionsgeschichte, Judaistik und Pädagogik an der „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ in der Artilleriestraße 14 (heute Tucholskystraße 9 / Leo-Baeck-Haus). Ab 1933 war er Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden. Diese Organisation war von dem Zeitpunkt an die Vertretung aller Juden in Deutschland. 1935 musste sie sich in Reichsvertretung der Juden in Deutschland umbenennen, und 1939 wurde sie dann in Reichsvereinigung der Juden in Deutschland geändert (RÜRUP 1995, S.224; HILDESHEIMER 1994, S.125; ECKARDT U.A. 1996, S.11).

Im Zuge der kompletten „Evakuierung“ des Vorstandes der Reichsvereinigung wurde auch Leo Baeck Anfang 1943 nach Theresienstadt deportiert. Er überlebte das Lager und emigrierte nach dem Krieg nach London. 1956 starb er dort im Alter von 83 Jahren. Das nach ihm benannte Leo-Baeck-Institut in New York erforscht die Geschichte des deutschen Judentums (ECKHARDT U.A. 1996, S.11; RÜRUP 1995, S.224; HILDESHEIMER 1994, S.126).

Im September 1933 gründete sich die ‚Reichsvertretung der deutschen Juden‘. Die politische Situation erforderte eine Art „Zwangsorganisation“ aller deutschen Juden. Die Synagogengemeinden verloren ihren öffentlichen Status und wurden zu privaten Vereinen. Es durften keine Kirchensteuern mehr erhoben werden. Somit galt die Organisation gegenüber den deutschen Behörden als alleiniger Vertreter aller Juden in Deutschland. Im September 1935 musste sie sich auf

Anordnung in ‚Reichsvertretung der Juden in Deutschland‘ umbenennen. Unter diesem Namen wirkte die Organisation bis kurz nach den Novemberprogromen 1938. (HILDESHEIMER 1994, S.16,65-68)

Im Februar 1939 wurde die „Reichsvereinigung der Juden Deutschlands“ gegründet. Rein äußerlich gab es keinen Unterschied zur Reichsvertretung, selbst die leitenden Personen waren dieselben. Nach der „10. Verordnung des Reichsgesetzes“ vom 4.7.1939 hatten alle Juden in Deutschland (auch Juden nach den NS-Rassegesetzen) der Reichsvereinigung anzugehören. (HILDESHEIMER 1994, S.77,106/107)

Im Juni 1943 wurden das Berliner Zentralbüro und sämtliche Zweigstellen geschlossen. Alle übriggebliebenen Mitarbeiter der Reichsvereinigung (unter ihnen auch Leo Baeck) wurden nach Theresienstadt deportiert. Die Reichsvereinigung blieb trotzdem als Organisation unter Aufsicht der Gestapo bis Kriegsende bestehen. (HILDESHEIMER 1994, S.232-235)



## **SÜDLICHE FRIEDRICHSTADT**

Bis ins 19. Jahrhundert hinein war die Spandauer Vorstadt das Hauptwohngebiet der Berliner Juden, wenngleich es schon einzelne Umzüge in die Friedrichstadt gab (z. B. zog die Familie Rahel Levins 1793 in die Jägerstraße). Die Gleichberechtigung der Juden in Preußen wurde 1812 mit einem Edikt besiegelt, das Bürgerrechte, Freizügigkeit sowie Freiheit von Berufswahl, Eheschließung und Grunderwerb gewährleistete. Die neuen Rechte bewirkten zusammen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Berlins im 19. Jahrhundert und der starken Zuwanderung aus dem Osten Deutschlands, daß neue, jüngere Stadtgebiete mit größerem Flächenangebot für die aufstrebenden Handels- und Produktionsbetriebe jüdischer Unternehmer bezogen wurden. Es bildeten sich dabei einige spezialisierte Zentren heraus: Modebranche um den Hausvogteiplatz, Zeitungsviertel an der Kochstraße (Ullstein, Mosse und Scherl), Kaufhäuser (z. B. Wertheim) an der Leipziger Straße. Den Höhepunkt dieser Entwicklung brachte die Wende zum 20. Jahrhundert.

Die jüdischen Bewohner der südlichen Friedrichstadt waren zumeist soziale Aufsteiger und bekundeten dies mit einer ausgeprägten Assimilierung an das preußische Bürgertum. Ohne sich völlig vom Judentum abzuwenden, verkörperten die in der Friedrichstadt Ansässigen ein neues Element in der jüdischen Geschichte Berlins. Beispielhaft für das im 19. Jahrhundert entstandene deutsch-jüdische Miteinander sind die Kirchhöfe der protestantischen Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde am Halleschen Tor: Hier liegen jüdische (später getaufte) Persönlichkeiten wie Rahel Varnhagen von Ense, Henriette Hertz oder Mitglieder der Familie Mendelssohn-Bartholdy.

Der Standort des neuen Jüdischen Museums in der Lindenstraße befindet sich in einer Gegend, in der das deutsch-jüdische Zusammenleben eine seiner stärksten Manifestationen in Berlin erfahren hat.

### **Standort 8**

#### **Mosse-Zentrum**

Die Familie Mosse gehört zu den vielen Zuwanderern aus den Ostgebieten Deutschlands, die den Aufstieg Berlins im 19. Jahrhundert erst möglich gemacht haben. Seit den 1860 Jahren verlegten die einzelnen Teile der großen Familie Mosse ihren Lebensmittelpunkt aus der Posener Kleinstadt Graetz nach Berlin. 1872 gründete Rudolf Mosse den nach ihm benannten Verlag. Die Zeitungslandschaft Berlins befand sich zu dieser Zeit inmitten einer rasanten

Expansion. Im Mosse-Verlag erschienen unter anderem das „Berliner Tageblatt“ mit dem langjährigen Chefredakteur Theodor Wolff, die illustrierte Zeitschrift „Ulk“ mit Beiträgen von Kurt Tucholsky und Heinrich Zille, aber auch das „8-Uhr-Abendblatt“, der „Zeitgeist“ oder „Modespiegel“, ja sogar bereits ein „Autoblatt“.

Das Mosse-Zentrum an der Schützenstraße war ein Bürohaus; die Familie Mosse bewohnte das Mosse-Palais am Leipziger Platz 15. Durch die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und den Ausbau der innerdeutschen Grenze wurde die einst blühende Gegend zu einem Niemandsland. In den 1990er Jahren wurde am Leipziger Platz 7 ein neues Gebäude unter dem Namen „Mosse-Palais“ erbaut, das unter anderem das American Jewish Committee beherbergt.

In den Jahren 1901 bis 1903 und 1921 bis 1923 wurde das Haus in der Schützenstraße durch die Architekten Erich Mendelsohn und Richard Neutra den damaligen neuesten Baustilen entsprechend umgestaltet. Der gewaltige Bau von 160 m Länge weist seither eine eindrucksvolle Mischung von architektonischen Stilen auf, vom Klassizismus der frühen Jahre bis zu den Art déco-Elementen der 1920er Jahre. Mit seinen acht Geschossen wies der Bau deutlich über seine fünfgeschossige Umgebung hinaus.

Durch den Zweiten Weltkrieg stark in Mitleidenschaft gezogen, wurde das nun im sowjetischen Sektor Berlins, dicht an der innerdeutschen Grenze gelegene Haus nur teilweise wieder hergerichtet. Seit den 1950er Jahren beherbergte das Mosse-Zentrum die „VEB Graphischen Werkstätten Berlin“, später umbenannt in „Druckkombinat Berlin“. Nach der Vereinigung kam das Gelände 1992 an einen Hamburger Investor, der die historische Architektur des Mosse-Zentrums rekonstruieren ließ (1995 abgeschlossen). Seither weist der Gebäudekomplex mit dem privatisierten Druckkombinat („Druckhaus Berlin-Mitte“), dem Sitz der Mineralölfirma „Elf Aquitaine“, Werbeagenturen und den Germanistischen Instituten der Humboldt-Universität eine breite Nutzungsmischung auf.

Ganz in der Nähe des Mosse-Zentrums lag an der Lindenstraße 48, schon im heutigen Bezirk Kreuzberg, die 1891 fertiggestellte liberale Synagoge. In der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 weitgehend unzerstört geblieben, fiel das Gebäude jedoch Kriegsangriffen im Februar 1945 zum Opfer; 1956 wurden die Trümmerreste abgeräumt.

## **Standort 9**

### **Jüdisches Museum Berlin**

Der Standort des heutigen Jüdischen Museums ist jung: 1971 beschloß die Jüdische Gemeinde Berlins aus Anlaß ihres 300-jährigen Bestehens im Berlin-Museum, dem damaligen zentralen West-Berliner Stadtmuseum, das 1962 nach dem Mauerbau als Pendant zum traditionsreichen Märkischen Museum gegründet worden war, eine Ausstellung ihrer Geschichte zu organisieren. Aus dieser Jubiläumsveranstaltung heraus erwuchs das Bedürfnis, eine dauerhafte Präsentation jüdischer Kultgegenstände und Zeugnisse jüdischen Lebens einzurichten. 1984 wurde die Jüdische Abteilung des Berlin-Museums eröffnet, wegen Raummangels jedoch nicht im Haus an der Lindenstraße, sondern im zweiten Stock des Martin-Gropius-Baus.

Die erste Ausschreibung für ein eigenständiges Jüdisches Museum erfolgte 1988; die Neuordnung der Museumslandschaft in Berlin nach der Vereinigung 1990 ließ den Ruf nach dem neuen Museum dringlicher werden. Der Entwurf des Jüdischen Museums von Daniel Libeskind, eigentlich nur als „Erweiterungsbau“ des Berlin-Museums gedacht, ist formal und symbolisch beachtlich: Der Baukörper erinnert an einen mehrfach gebrochenen Davidstern, Indiz für das zaghaft sich entwickelnde neue Selbstbewußtsein der Juden in Deutschland (Davidstern), das jedoch die geschichtlichen Ereignisse dieses Jahrhunderts nicht vergessen kann und soll (Brechungen). Bewußt fragmentarisch gehalten ist auch das Innere des neuen Museums: Der Besucher trifft immer wieder auf leere Räume, die den Verlust durch die Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg versinnbildlichen.

Das Jüdische Museum von Daniel Libeskind ist seit Februar 1999 als architektonisches Monument zu besichtigen; die Einrichtung des ersten Teils der Sammlung soll im Frühjahr 2001 erfolgen. Direktor des Museums ist seit 1997 Michael W. Blumenthal.

Was sich nach einem Zufalls-Standort anhört, ist es jedoch nicht unbedingt. Wie erwähnt war das Gebäude des Berlin-Museums vorher kein Ort jüdischen Lebens, sondern beherbergte das 1734/35 erbaute Preußische Kammergericht, seit 1913 Sitz des Evangelischen Konsistoriums der Provinz Brandenburg. Aber bereits in unmittelbarer Nachbarschaft trifft man auf Spuren jüdischen Lebens: Direkt nebenan, in der Lindenstraße 13, befand sich von 1905 bis 1930 der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mit Bibliothek und Archiv sowie der Dachverband jüdischer Studentenorganisationen und seit 1920 der dem Centralverein nahestehende Philo-Verlag. Das Haus wurde 1930 wegen einer geplanten Straßenregulierung geräumt; die jüdischen Organisationen zogen um. Wie der Name schon anklingen läßt, handelte es sich bei dem Centralverein um eine Gründung jüdischer Intellektueller, de-

ren Assimilation an das preußische Umfeld schon sehr weit fortgeschritten war, und die diese Organisation gegen Anfeindungen aus antisemitischen Kreisen 1890 ins Leben riefen. Erster Vorsitzender war der Arzt Martin Mendelsohn; Vorstandsmitglied war unter anderem der Direktor des Berliner Schillertheaters Raphael Löwenfeld.

Wie schon für die gesamte südliche Friedrichstadt festgestellt werden konnte, lag auch hier in der Lindenstraße ein wichtiger Kern des liberalen Berliner Judentums.

#### Daniel Libeskind

Daniel Libeskind wurde am 12. Mai 1946 in Łódź (Polen) geboren. 1957 emigrierte er zunächst nach Israel, 1960 in die Vereinigten Staaten, deren Staatsbürgerschaft er 1965 erhielt. Aus dem 1988 ausgeschriebenen Wettbewerb für den Erweiterungsbau des Berlin Museums (Jüdisches Museum) ging er unter über 160 Einsendern als Gewinner hervor. Dennoch mußte sein Entwurf noch einige Male verändert werden, bevor mit dem Bau begonnen wurde.

Libeskind beteiligte sich zudem an weiteren Berliner Architekturausschreibungen: 1991 für den Potsdamer Platz, 1993 für den Alexanderplatz (2. Platz), 1994 für die Neugestaltung des urbanen Komplexes Ecke Landsberger Allee/Rhinstraße (1. Platz) sowie für das Holocaust-Mahnmal. Ein weiterer Bau von Libeskind in Deutschland ist das Felix Nussbaum-Museum in Osnabrück.

Am 16. November 1999 erhielt Daniel Libeskind für den Bau des Jüdischen Museums in Berlin den Deutschen Architekturpreis 1999.

## **WILMERSDORF UND CHARLOTTENBURG**

Wilmerdorf, Charlottenburg, Schöneberg und große Gebiete westlich des Tiergartens wurden vor allem im 19. Jahrhundert geplant und erbaut. Mit der Industrialisierung nahm das Großbürgertum stark zu, dem entsprechender Wohnraum zur Verfügung gestellt werden mußte. Dies geschah mit den Stadterweiterungen der kleinen westlichen Städte, die an Berlin grenzten. Schnell entwickelte sich der sogenannte „Neue Westen“ zu einem belebten Stadtquartier, dessen städtische Grenzen (Groß Berlin wurde erst 1920 gegründet) räumlich nicht mehr sichtbar waren.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden die neuen U-Bahnen in Schöneberg, Charlottenburg und Wilmerdorf gebaut. Gleichzeitig entstanden neue belebte Vergnügungsmeilen mit großen Caféhäusern am Kurfürstendamm und am Tauentzien.

Mitte des 19. Jahrhunderts begann eine Phase der Assimilation von Juden in das nichtjüdische Leben Berlins. Alle großen Berliner Warenhäuser – Wertheim, Hermann Tietz, N. Israel, KaDeWe – gehörten Juden. Die Bekleidungsindustrie, eine bedeutende Branche, wurden von Juden geführt.

Die bekannte jüdische Elite umgab ein breites aufstrebendes Bürgertum, das sich auch stark aus jüdischen Mitbürgern zusammensetzte, die ebenfalls in den Neuen Westen strömte. Mit der großen Besiedlungswelle, in der viele sozio-ökonomisch aufstrebende Juden in die neuen Stadtquartiere zog, ging gleichzeitig eine sozial räumliche Segregation in der jüdischen Gemeinde einher. So entstand eine innere Spaltung der jüdischen Gemeinde in die „reichen Westjuden“ und die „armen Ostjuden“, diejenigen Juden, die vor den Prognomen der Zaren und dem Terror der Kosaken geflüchtet waren und sich in den Elendsquartieren um den Alexanderplatz, dem Scheunenviertel, ansiedelten.

Nach dem II. Weltkrieg war aufgrund der massiven Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten zuerst ein Aufbau einer neuen Berliner Gemeinde undenkbar. Die politischen Verhältnisse, die Aufteilung Berlins in Sektoren und die Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der Jüdischen Gemeinde haben dazu geführt, dass Ende der fünfziger Jahre der Grundstein für ein neues Gemeindehaus im Westteil der Stadt, in Charlottenburg, gelegt wurde.

In den Jahren der Teilung Deutschlands bestanden in beiden Stadthälften Jüdische Gemeinden, die nach dem Mauerfall fusionierten.

## **Standort 10**

### **Jüdisches Gemeindehaus und Synagoge**

Die Metropole Berlin war eine Stadt, die jüdischem Leben, jüdischer Initiative mehr Raum bot als irgendeine andere. Wohl nur hier konnte für eine gewisse Zeit der Eindruck entstehen, dass sich eine Stadt dem öffnet, was jüdische Stadtbewohner ihr zur Verfügung zu stellen vermochten. Hier hat deutsch-jüdische Kultur, um ein Wort von Hermann Glaser zu entleihen „Stadt gefunden“ (SCHLÖR, J. 1998)

In Wilmersdorf wohnten viele jüdische Familien der Mittel- und Oberklasse. In den gediegenen, geräumigen Etagenwohnungen des relativ wohlhabenden Westends hatten sich mehr Juden niedergelassen als sonstwo, nämlich 26.000; das waren 13,5 % der Charlottenburger Bevölkerung (4,3% der Berliner Bevölkerung waren Juden) (WYDEN, P. 1988, S. 25).

Juden, die sich als Deutsche verstanden, schien der sich verstärkende Antisemitismus im ausgehenden 19. Jahrhundert vor allem – und in ihren Augen auch zu Recht – gegen Berlins äußerlich viel auffälligere Minderheit von 40.000 „Ostjuden“ gerichtet zu sein. Zum Entsetzen eines assimilierten jüdischen Bürgertums bauten sie ihre eigene städtische Infrastruktur aus Gebetshäusern, sozialen Einrichtungen und Geschäften in Berlin Mitte auf.

Das assimilierte neue jüdische Bürgertum beschränkte sich hinsichtlich der Infrastruktur auf einige wenige Synagogen und Schulen. Koshere Lebensmittelläden waren verstreut über das gesamte neue Stadtgebiet. Eine Konzentration jüdischen Lebens auf wenige Straßenzüge bzw. eine Segregation von Juden im vergleichbaren Maße wie Berlin Mitte hat es im Neuen Westen nie gegeben.

Am Standort Joachimsthaler Straße befand sich bis zum II. Weltkrieg die Joseph-Lehmann Schule, einer privaten Volksschule der Jüdischen Reformgemeinde sowie die private Handelschule der Jüdischen Gemeinde. Deren Turnhalle wurde nach dem Krieg in eine Synagoge umgebaut. Heute befinden sich noch einige Abteilungen der Gemeindeverwaltung, das Jüdische Palästina-Werk, der Jüdische Nationalfonds (Keren Hajessod), die Zionistische Organisation in Deutschland (ZOD), die Womens International Zionist Organisations (WIZO) und die Redaktion der jüdischen allgemein Wochenzeitung in den Räumlichkeiten der ehemaligen Schule vor der Synagoge.

## **Standort 11**

### **Gemeindehaus Fasanenstraße**

Zu einem wichtigen Standort jüdischer Kultur im Neuen Westen darf der Standort Fasanenstraße gezählt werden. Das jüdische Gemeindehaus (erbaut: 1957/1958) steht auf dem Grundstück der ehemaligen größten Synagoge des Neuen Westen in der Fasanenstraße, die in der Reichskristallnacht 1938 ausbrannte und stark beschädigt wurde. Am Standort sind heute noch die Außenstelle der Verwaltung der jüdischen Gemeinde, die Volksschule der Jüdischen Gemeinde, eine Zweigstelle der Hauptbibliothek der jüdischen Gemeinde, die Jüdische Studentenverwaltung, Veranstaltungsräume und ein kosheres Restaurant angesiedelt.

Nach der Shoa wurde die Diskussion darüber aufgenommen, ob die 1945 wiederbegründete und 1946 rechtlich anerkannte Berliner Jüdische Gemeinde Rechtsnachfolgerin der 1943 liquidierten Gemeinde sei oder eine Neuschöpfung?

Die Jüdische Gemeinde verstand sich in ihren Anfangsjahren nach der Shoah als „Liquidationsgemeinde“ – eine vorübergehende Einrichtung, geschaffen, um noch nicht geklärte Angelegenheiten abzuwickeln, bevor sie sich selbst auflösen würde.

Das jüdische Leben konzentrierte sich anfangs mit dem Sitz der neuen Jüdischen Gemeinde im Verwaltungsgebäude der früheren Jüdischen Gemeinde zu Berlin in der Oranienburger Straße 28. Dabei fand der Wiederaufbau jüdischen Lebens in Berlin unter einer heftig geführten Diskussion statt: Während der ersten Jahre sahen sich die Juden in Deutschland fast vollständig von Juden und jüdischen Organisationen in aller Welt isoliert, die es als Schande und Verrat mißbilligten, im Land der Mörder zu leben. Andere wiederum sahen in der Präsenz jüdischen Lebens in Deutschland einen entscheidenden Sieg über den Nationalsozialismus und Antisemitismus.

Aus der im Gefolge des kalten Krieges und der Teilung Berlins resultierenden Spaltung der jüdischen Gemeinde verblieben 1953 ca. 6000 Mitglieder in der „Westgemeinde“ und ca. 200 Mitglieder in der „Ostgemeinde“. Letztendlich werden die politischen Entwicklungen in Deutschland, die Etablierung von zwei politisch unterschiedlichen Systemen, diese Entscheidung mit geprägt haben.

Ende der fünfziger Jahre stand fest, dass die Jüdische Gemeinde zu Berlin zu einer dauerhaften Einrichtung geworden war. Die Ruine der Synagoge in der Fasanenstraße wurde im Juni 1956 abgerissen. 1957 erfolgte die Grundsteinlegung für das jüdische Gemeindehaus. Dieser Vorgang dokumentierte damals unübersehbar, dass jüdisches Leben in Berlin wieder

auf Dauer gestellt sein sollte. Das neue jüdische Gemeindehaus in der Fasanenstraße gab der jüdischen Gemeinde ein neues Zentrum.

Weitere „alte“ Standorte jüdischen Lebens standen der jungen Gemeinde in West-Berlin zur Verfügung. So die Synagogen in der Pestalozzistraße und die kleine Wochentagssynagoge am Fraenkelufer sowie die Räumlichkeiten an der Joachimsthaler Straße samt der aus einer umgebauten Turnhalle resultierenden Synagoge.

Die nächsten zwanzig Jahre waren eine Zeit der Konsolidierung und Erweiterung. Die Volkshochschule wurde 1962 gegründet. 1969 wurde Religionsunterricht für jüdische Kinder an fünf Schulen der Stadt eingeführt. Ein neuer Kindergarten entstand, das erste jüdische Schulgebäude in Deutschland seit dem Holocaust, entstand 1971. Ein Altenheim wurde 1978 erbaut. Alle Infrastruktureinrichtungen konzentrierten sich dabei auf die Bezirke Charlottenburg und Wilmersdorf, also das neue Zentrum West-Berlins.

Eine Statistik über die „Mitgliederverteilung nach Alter und Bezirken von 1998 belegt, dass der überwiegende Anteil der Gemeindemitglieder in den Bezirken um das West-Berliner Stadtzentrum leben. Von insgesamt 10724 (100%) Mitgliedern wohnten 5682 (53%) in den Bezirken Wilmersdorf, Charlottenburg und Schöneberg“ (GEMEINDEBLATT DER JÜDISCHEN GEMEINDE "jüdisches berlin" 2; März 1998).

Die vermehrte Ansiedlung von Juden in den West-Berliner Innenstadtbezirken ist in den fünfziger Jahren als eine mehr oder weniger den politischen Umständen angepaßte Migration zu verstehen. Die hohen Konzentration von Infrastruktureinrichtungen jüdischen Lebens in Charlottenburg und Wilmersdorf wird dabei die individuellen Entscheidungen zugunsten der Wohnungswahl in diesen Bezirken höchstwahrscheinlich in nicht unbedeutendem Maße beeinflußt haben. Diese letzte Aussage beruht mehr auf Vermutungen, weil hierzu keine Aussagen in der Literatur vorliegen.

## **Standort 12**

### **Kosher Deli**

Kosher Deli ist eines der ältesten jüdischen Lebensmittelgeschäfte in Berlin, das nach der Shoa seine Pforten öffnete. Bis heute können dort koshere Lebensmittel und andere Dinge jüdischer Traditionen erworben werden.

Die Wiedervereinigung Berlins fügte die beiden Jüdischen Gemeinden Berlins zusammen, die 1991 zu einer Gemeinde fusionierten. Von größter Bedeutung seither ist der Zuzug von 12.000 bis 16.000 Juden aus der früheren Sowjetunion. 1991 legte – auf Initiative des Ge-



meine Vorstandes Heinz Galinski – die Bundesregierung eine Kontingentflüchtlingsquote fest und erkannte Juden aus der früheren Sowjetunion Flüchtlingsstatus zu. Ihr Zuzug verdoppelte die Mitgliederzahl der Jüdischen Gemeinde. Neue Institutionen und Vereinigungen wurden ins Leben gerufen. Seit 1997 ist die Zeitschrift der jüdischen Gemeinde zweisprachig auf Deutsch und Russisch gestaltet.

Eine Schar von Restaurants, Cafés und Geschäften haben eröffnet, viele davon im einstigen Ost-Berlin. Man kann sie zwar nicht unbedingt als Zentren jüdischen Lebens bezeichnen – die Kunden sind meist Nichtjuden – aber diese Einrichtungen sind ein Ausdruck des Wunsches, öffentlich Präsenz zu zeigen, der hier lange nicht gehegt wurde.

Zudem hat die Jüdische Gemeinde zahlreiche Immobilien und Grundstücke in Berlin Mitte rückübertragen bekommen. Damit steht sie zusätzlich vor neuen Problemen: Die baufällige Infrastruktur wurde für eine große Gemeinde geplant und gebaut. Für einen Großteil der zurückgewonnenen Immobilien hat sie derzeit keine Nutzungen. Gleichzeitig sind große Sanierungen und Instandhaltungen mit hohen Kosten verbunden.

Es bleibt spannend zu beobachten, wie sich jüdischen Leben in Zukunft weiter in Berlin etabliert. Wird es wieder eine Konzentration jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in bestimmten Quartieren dieser Stadt geben? Von welchen Bezirken wird das jüdische Leben seine zentralen Impulse ausgeben? Die jüdische Gemeinde wächst nach der traurigen und bewegten Geschichte in Berlin wieder und wird damit zunehmend ein bedeutendes Element des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens dieser Stadt bilden.

# Anhang

**Anlage 1: Gesamttabelle**

Bezirke	Mitglieder 1998 1)	in %	Institutionen gesamt	1. Religiös	2. Gemeinde	3. Freie	4. International	5. Assoziierte	Mitglieder/ Einrichtungen
Charlottenburg	1753	16,1	22	4	9	3	5	1	80
Kreuzberg	498	4,6	3	2			1		166
Mitte	266	2,5	28	3	7	6	7	5	9,5
Neukölln	617	5,8	1		1				617
Prenzlauer Berg	124	1,2	4	1		1	1	1	31
Schöneberg	1747	16,3	5		1	4			350
Spandau	336	3,1	1	1					336
Steglitz	778	7,2	1				1		788
Tiergarten	598	5,6	3			1	1	1	200
Wedding	426	4	2		2				213
Wilmersdorf	2182	20,4	3		1	1	1		727
Weißensee	74	0,7	2	2					37
Andere	1343	12,5	12,5						
Gesamt	10724	100	75	13	21	16	17	8	143

1 jüdisches Berlin 3 (1998)

## Anlage 2: Liste von Einrichtungen jüdischen Lebens in Berlin

Kategorie	Bezirk	Einrichtung
1	C	Friedhof Heerstraße
1	C	Synagoge Pestalozzistraße
1	C	Synagoge Herbartstraße
1	C	Synagoge Joachimstaler Straße
1	K	Synagoge Fraenkelufer
1	K	Friedhöfe der Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde
1	M	Friedhof Schönhauser Allee
1	M	Synagoge Adass Jisroel
1	M	Synagoge Oranienburger Straße
1	P	Synagoge Rykestraße
1	Sp	Friedhof Juden-Kiewer
1	Ws	Friedhof Weißensee
1	Ws	Friedhof der Adass Jisroel Gemeinde
2	C	Jeanette-Wolff-Heim, Jüd. Senioren-Zentrum
2	C	Sozialwerk der Jüdischen Gemeinde
2	C	Jüdische Volkshochschule
2	C	Gemeindehaus Fasanenstraße
2	C	Jüdisches Jugendzentrum
2	C	Bibliothek der Jüdischen Gemeinde
2	C	Restaurant Arche Noah
2	C	Leo-Baeck-Altenwohnheim
2	C	Heinz-Galinski-Schule
2	M	Jüdische Oberschule / Gymnasium
2	M	Sporthalle der Jüdischen Gemeinde
2	M	Centrum Judaicum
2	M	Zweigstelle Gemeindeverwaltung
2	M	Jüdische Galerie
2	M	Beth Cafe
2	N	Zweigstelle Bibliothek Isarstraße
2	M	Zweigstelle Bibliothek Oranienburger Str.
2	S	Turn- und Sportclub Makkabi

2	We	Hermann-Strauss-Hospital
2	We	Jüdisches Krankenhaus
2	Wi	Kindertagesstätte Jüdische Gemeinde
3	C	Lebensmittel Kosher Deli
3	C	Literaturhandlung
3	C	Lebensmittel Schalom
3	M	Lebensmittel Kolbo
3	M	Jüdischer Kulturverein e.V.
3	M	Jüdische Gemeinde "Adass Jisroel"
3	M	Treffpunkt "Hatikva"
3	M	Egalitärer Minjan
3	M	Esra Atzmit e.V.
3	P	Jüdisches Lehrhaus
3	S	Gesher - Forum für Diasporakultur e.V.
3	S	Singleclub "Pnujim we Pnujot"
3	S	Yachad Berlin e.V.
3	S	Lebensmittel Pläzl
3	T	Meshulash Berlin
3	Wi	Organisation der jüd. Ärzte und Psychologen in Berlin
4	C	BJSD (Bund jüd. Stud. in Deutschland)
4	C	WIZO Berlin
4	C	Zionistische Organisation in Deutschland
4	C	Zionistische Jugend Deutschland
4	C	B'nai B'rith (Bund der Söhne)
4	K	Stiftung Jüdisches Museum Berlin
4	M	B'nai B'rith Youth Organization Deutschland e.V. (BBYO)
4	M	American-Jewish Committee (AJC)
4	M	Dr. Hans-Adler-Bibliothek (AJC)
4	M	Anti-Defamation-Forum (ADF)
4	M	Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland
4	M	Zentralrat der Juden in Deutschland
4	M	Allg. Jüdische Wochenzeitung / Verlag Jüdische Presse
4	P	Ronald S. Lauder Foundation

4	St	Alpha Omega Deutschland e.V. (c/o Dr. Adler)
4	T	Bund der Verfolgten des Naziregimes
4	Wi	Chabad Lubawitsch Berlin e.V.
5	C	Cafe Salomon Bagels
5	M	Dan-Graham Pavillon
5	M	Tabularium
5	M	Cafe / Restauran Rimon
5	M	Jewish Communication Center
5	M	Cafe / Restaurant Oren
5	P	Cafe Am Wasserturm
5	T	Cafe / Restaurant Tabuna
5	T	Cafe Salomon Bagels

Abkürzungsschlüssel

1 = Religiös

2 = Gemeinde

3 = Freie

4 = Internat.

5 = assoziierte

C = Charlottenburg

K = Kreuzberg

M = Mitte

P = Prenzlauer Berg

S = Schöneberg

Sp = Spandau

St = Steglitz

T = Tiergarten

We = Wedding

Wi = Wilmersdorf

Ws = Weißensee

## LITERATURVERZEICHNIS

**ALLGEMEINE JÜDISCHE WOCHENZEITUNG** vom 23. Juli 1998, Berlin 1998

**BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT (HRSG.):** Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen, Berlin 1991

**BLUHM, D.:** Eine Ortsbesichtigung. Kultur - Geschichte - Architektur. Berlin 1992

**BLUMENTHAL, M.W.:** Die unsichtbare Mauer. Die dreihundertjährige Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie, München 1999

**DEMPS, L.:** Die Oranienburger Straße. Von der kurfürstlichen Meierei zum modernen Stadtraum, Berlin 1998

**DIE AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE DES SENATS (Hrsg.):** Von Aizenberg bis Zaidelmann. Jüdische Zuwanderer aus Osteuropa und die Jüdische Gemeinde heute, Berlin 1997

**ECKHARDT, U. UND NACHAMA, A.:** Jüdische Orte in Berlin, Berlin 1996

**(EINIGUNGSVERTRAG)** Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands, Bonn 1990

**ETZHOLD, A. u.a.:** Die jüdischen Friedhöfe in Berlin, Berlin 1991

**FEHRES, J.H.:** Von der Heidereuthgasse zum Roseneck – Jüdische Schulen in Berlin 1712 bis 1942, Berlin 1993

**FEYERABEND, W.:** Quer durch Mitte. Die Spandauer Vorstadt (Berlinische Reminiszenzen 79), Berlin 1999

**GALLINER, N. u.a.:** Wegweiser durch das jüdische Berlin, Geschichte und Gegenwart, 1987

**GESELLSCHAFT HACKESCHE HÖFE E.V.:** Die Spandauer Vorstadt. Utopien und Realitäten zwischen Scheunenviertel und Friedrichstraße, Berlin 1995

**GOTTSCHALK, W.:** Die Friedhöfe der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Berlin 1992

**HALEN, A. UND GREVE, U.:** Vom Mosse-Verlag zum Mosse-Zentrum, Berlin 1995

**HARTUNG VON DOETINCHEM, D. UND WINAU, R.:** Zerstörte Fortschritte, Das jüdische Krankenhaus in Berlin 1756-1861-1914-1989, Berlin 1989

**HILDESHEIM, A. u.a.:** Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945 bis 1990, Berlin 1999

**HOLZER, W.:** Jüdische Schulen in Berlin, Berlin 1992

**JÜDISCHES BERLIN 12:** Heft 3, Berlin 1999

**JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN (HRSG.):** Wegweiser zur Rosch Haschana 5760 (September 1999), Berlin 1999

**KESSLER, J.:** Jüdische Migration aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990. Beispiel Berlin (Magisterarbeit), Berlin 1996

**KRAUSE, E.:** Die Familie Mosse. Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999

**LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNGSARBEIT BERLIN (Hrsg.):** 1999: Gedenken und Lernen an historischen Orten. 3. Aufl. Berlin.

**MERTENS, L.:** Schwindenede Minorität. Das Judentum in der DDR, in: Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven, Sachsenheim 1998

**NACHAMA, A.:** Nach der Befreiung: Jüdisches Leben in Berlin 1945 - 1953, in: Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995

**NACHAMA, A. UND JULIUS, H.:** Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945, Berlin 1992

**NIPPERDEY, T.:** Deutsche Geschichte 1800 - 1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983

**NOWEL, I.:** Berlin. Vom preußischen Zentrum zur neuen Hauptstadt. Architektur und Kunst, Geschichte und Literatur, Köln <sup>2</sup>1998

**RICHARZ, M.:** Juden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, in: Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1988

**ROTH, A. UND FRAJMAN, M.:** Das jüdische Berlin heute, Berlin 1999

**RÜRUP, R.:** 1995: Jüdische Geschichte in Berlin. Bilder und Dokumente. Berlin

**SCHEER, R.:** Ahawam. Das vergessene Haus Spurensuche in der Berliner Auguststraße, Berlin 1993

**SCHOEPS, J.H. u.a.:** Ein neues Judentum in Deutschland? Fremd- und Eigenbilder der russisch-jüdischen Einwanderer, Potsdam 1999

**SENATSKANZLEI BERLIN (HRSG.):** Faltblatt Jüdische Stätten in Berlin, Berlin 1993

**STATISTISCHES JAHRBUCH BERLIN 1991, 1999:** Berlin 1991, 1999

**STEGLICH, U. UND KRATZ, P.:** Das falsche Scheunenviertel

**WIPPERMANN, W.:** Steinerner Zeugen, Stätten der Judenverfolgung in Berlin, Berlin 1992

**WÖRNER, M, MOLLENSCHOTT, D. UND HÜTER, K.H.:** Architekturführer Berlin, Berlin 1997

**WYDEN, P.:** Stella, Göttingen 1996

**ZS. DES FORSCHUNGSVERBUNDES SED:** Die SED als Geburtshelfer einer orthodoxen jüdischen Gemeinde. Die Posse um Adass Jisroel im Licht der DDR Archivalien, Berlin 1996

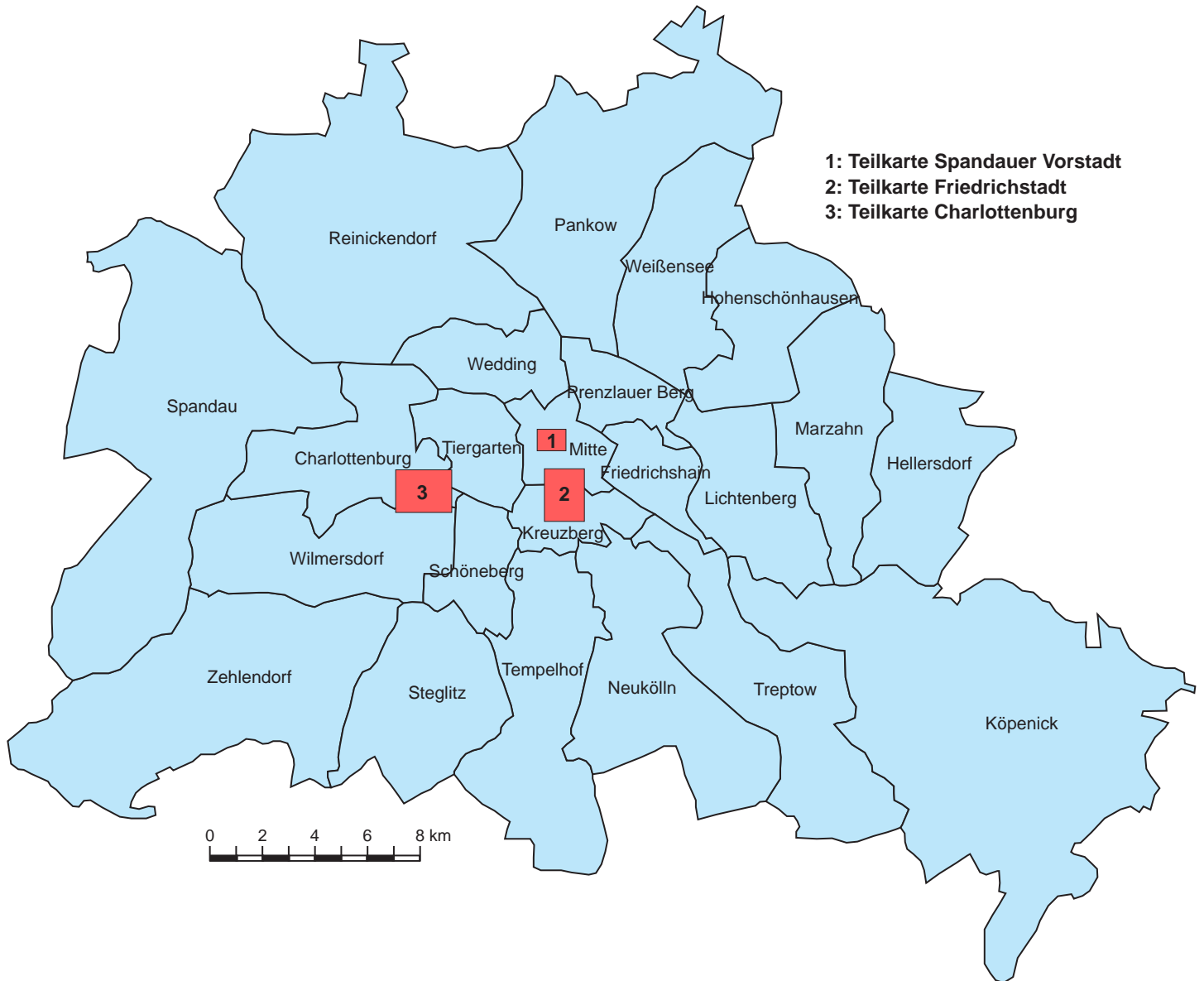






# Anlage 3: Jüdische Orte in Berlin 2000

## Übersicht und Verzeichnis der Teilkarten



### Legende der Teilkarten 1:5.000

- Jüdische Einrichtung
- Grün- und Erholungsflächen
- Verkehrsleitflächen
- Bebauung
- S-Bahnhof
- U-Bahnhof

PJ Juden in der Stadt in Vergangenheit und Gegenwart  
LV.Nr. 32 073  
WS 99/00  
Geographisches Institut  
Humboldt-Universität zu Berlin

Doz.: Prof. Dr. Marlies Schulz

Bearbeiter: Helten, Jan  
Holst, Matthias  
Mehrländer, Thomas  
Wambutt, Sascha

Quellen: Karte von Berlin 1:5.000 Rasterdaten 98/1,  
Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen V;  
Von Aizenberg bis Zaidelman, Die Ausländerbeauftragte  
des Senats (Hrsg.), Berlin 1995, Hefreihe Miteinander  
leben in Berlin;  
eigene Erhebungen





Anlage 5:

Teilkarte 2: Jüdische Orte in der Friedrichstadt 1:5.000

